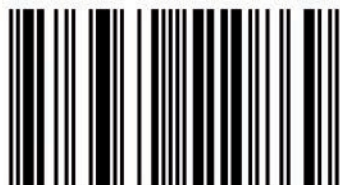


Kein Ende der Eurokrise

Mehr als acht Jahre nach dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise durch die amerikanische Lehman-Pleite im Jahr 2008 scheint kein Ende der Probleme in Sicht. Seither stehen einander im Rahmen der Bekämpfung der europäischen Wirtschaftskrise die Modelle (neo)liberaler und keynesianischer Wirtschaftspolitik diametral gegenüber. Die amerikanische Wirtschaft wächst seit 2008 langsam aus der Krise heraus, die Arbeitslosigkeit sinkt Jahr für Jahr. In Europa hingegen führte eine völlig entgegengesetzte Sparpolitik zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit um mehrere Millionen Menschen. Die Rufe nach staatlichen Konjunkturprogrammen und Maßnahmen für eine gerechtere Verteilungspolitik werden lauter. Anhand nachvollziehbarer ökonomischer Fakten widerlegt der Autor die behauptete Alternativlosigkeit der europäischen Austeritätspolitik eindrucksvoll und macht Vorschläge für eine sozial verträgliche Lösung der Krise.



Max Ebenführer, Mag.phil, MSc: Studium der Geschichte und Politischen Bildung an der Karl-Franzens-Universität Graz und an der Donau-Universität Krems. AHS-Lehrer in Kirchdorf an der Krems.



978-3-330-51086-9



Max Ebenführer

Kein Ende der Eurokrise

Alternativen zur Austeritätspolitik
der Europäischen Union

AV AkademikerVerlag

Max Ebenführer

Kein Ende der Eurokrise

Max Ebenführer

Kein Ende der Eurokrise

**Alternativen zur Austeritätspolitik der Europäischen
Union**

Reihe Gesellschaftswissenschaften

Impressum / Imprint

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle in diesem Buch genannten Marken und Produktnamen unterliegen warenzeichen-, marken- oder patentrechtlichem Schutz bzw. sind Warenzeichen oder eingetragene Warenzeichen der jeweiligen Inhaber. Die Wiedergabe von Marken, Produktnamen, Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen u.s.w. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutzgesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Bibliographic information published by the Deutsche Nationalbibliothek: The Deutsche Nationalbibliothek lists this publication in the Deutsche Nationalbibliografie; detailed bibliographic data are available in the Internet at <http://dnb.d-nb.de>.

Any brand names and product names mentioned in this book are subject to trademark, brand or patent protection and are trademarks or registered trademarks of their respective holders. The use of brand names, product names, common names, trade names, product descriptions etc. even without a particular marking in this work is in no way to be construed to mean that such names may be regarded as unrestricted in respect of trademark and brand protection legislation and could thus be used by anyone.

Coverbild / Cover image: www.ingimage.com

Verlag / Publisher:

AV Akademikerverlag

ist ein Imprint der / is a trademark of

OmniScriptum GmbH & Co. KG

Bahnhofstraße 28, 66111 Saarbrücken, Deutschland / Germany

Email: info@omniscryptum.com

Herstellung: siehe letzte Seite /

Printed at: see last page

ISBN: 978-3-330-51086-9

Copyright © Max Ebenführer

Copyright © 2016 OmniScriptum GmbH & Co. KG

Alle Rechte vorbehalten. / All rights reserved. Saarbrücken 2016

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	1
1 Der Ausbruch der Krise.....	3
2 Eine Analyse der Krise.....	5
2.1 Der Ursprung der Wirtschaftskrise 2008/09	5
2.1.1 Die amerikanische Immobilienblase als Auslöser der Krise	5
2.1.2 Europas Umgang mit der Finanzkrise	6
2.2 Die tieferen Ursachen der Krise	9
2.2.1 Die Deregulierung der Finanzmärkte	9
2.2.2 Ungleichheit in der Verteilung	10
2.2.3 Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft	10
3 Die europäische Austeritätspolitik seit 2010	12
3.1 Austerität in der klassischen Ökonomie	12
3.2 Die europäische Austeritätspolitik in der Praxis	14
3.2.1 Der provisorische (EFSF) und der stetige Stabilitätsmechanismus (ESM)...	17
3.2.2 Die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts („Six Pack“)	21
3.2.3 Ein Hilfspaket für Spaniens Banken.....	23
3.2.4 Das zweite Hilfspaket für Griechenland und der Schuldenschnitt	25
3.2.5 Das Konzept der „Inneren Abwertung“	26
3.2.6 Der EU-Fiskalpakt.....	29
3.2.6.1 Die Anwendung des Fiskalpakts.....	30
3.2.6.2 Die Folgen des Fiskalpakts am Beispiel Spaniens.....	32
3.3 Die Folgen der europäischen Austeritätspolitik	36
3.3.1 Die Folgen der europäischen Austeritätspolitik am Beispiel Griechenland...	36
3.3.1.1 Ein Faktencheck.....	37
3.3.1.2 Die „Rettung“ Griechenlands durch die Troika	38
3.3.2 Die Folgen der europäischen Austeritätspolitik am Beispiel Spanien	41
3.3.2.1 Der europäische Musterschüler und die Immobilienblase	41
3.3.2.2 Die spanische Immobilienblase	43
3.3.2.3 Die Hypothese effizienter Märkte.....	45
3.3.2.4 Die Arbeitslosigkeit steigt	46
3.3.2.5 Die Folgen der Austeritätspolitik in Spanien	49

4	Alternativen zur europäischen Austeritätspolitik seit dem Jahr 2010	53
4.1	Die Charakteristik der Krise in Europa	53
4.2	Neoliberales Sparen führt weiter in die Krise	56
4.3	Wege aus der Krise	59
4.3.1	Mehr öffentliche Investitionen	59
4.3.1.1	Wirtschaftliche Folgen simultanen Sparens	59
4.3.1.2	Die „Goldene Regel der Budgetpolitik“	62
4.3.2	Koordination der europäischen Wirtschaftspolitik	64
4.3.2.1	Gemeinsame Lohnpolitik	64
4.3.2.2	Gemeinsame Fiskal- und Geldpolitik	65
4.3.2.3	Die Vorteile einer gemeinsamen Fiskal- und Geldpolitik	65
4.3.3	Die Einführung von Eurobonds	66
4.3.4	Die Durchsetzung einer gerechten Verteilung	67
4.3.4.1	Steuervermeidung bekämpfen	68
4.3.4.2	Hohe Einkommen und Vermögen besteuern	68
5	Europa und die USA im Vergleich	69
5.1	Was läuft falsch in Europa?	69
5.2	Was macht die USA besser?	71
6	Ausblick	75
	Abbildungsverzeichnis	78
	Literaturverzeichnis	80

Einleitung

Mehr als acht Jahre nach dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise durch die amerikanische Lehman-Pleite im Jahr 2008 scheint kein Ende der Probleme in Sicht. Rettungsschirme und Sparprogramme für die am meisten von der Krise betroffenen EU-Staaten bestimmten die Diskussion bei vielen Gipfelgesprächen. Der Internationale Währungsfonds (IWF) warnt regelmäßig vor den Folgen einer weiteren globalen Wirtschaftskrise, weil die Erholung in der Eurozone seit Jahren stagniert und gleichzeitige geopolitische Krisen wie in der Ukraine, in Syrien und Nahost das Wirtschaftswachstum bedrohen.

Seit dem Beginn der Krise stehen im Rahmen der Bekämpfung der europäischen Wirtschaftskrise einander die Modelle (neo-)liberaler und keynesianischer Wirtschaftspolitik diametral gegenüber. Eine liberale Wirtschaftspolitik in der Tradition des österreichischen Nobelpreisträgers Friedrich von Hayek lehnt jede Marktregulierung und staatliche Eingriffe in die Wirtschaft ab und glaubt an die Selbstheilungskräfte der Ökonomie. Hartes Sparen wird als vorrangiger Ausweg aus dem Schulden-Dilemma gesehen.

Keynesianische Ökonomen wiederum, die sich in ihren „Rezepten“ zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Probleme auf die Thesen des britischen Ökonomen John M. Keynes berufen, glauben an die Notwendigkeit staatlicher Steuerung und Beschränkung und fordern die Regulierung der entfesselten Finanzmärkte. Sie befürworten staatliche Konjunkturprogramme auch zum Preis der Aufnahme neuer Schulden.

Europa und die USA haben verschiedene Wege zur Lösung der Krise beschritten, mit unterschiedlichen makroökonomischen Entwicklungen und Ergebnissen. Die amerikanische Wirtschaft wächst seit 2008 langsam aus der Krise heraus, die Arbeitslosigkeit in den USA sinkt seit Jahren. Sie ist von ihrem Höhepunkt im Jahr 2010 mit fast 10 Prozent der Erwerbspersonen auf unter sechs Prozent im Jahr 2016 zurückgegangen. In Europa hingegen führte eine völlig entgegengesetzte Reaktion auf die Krise, zuerst der Europäischen Zentralbank und dann der

Regierungen, zu einem Anstieg der Arbeitslosenquote von sieben Prozent der Erwerbspersonen vor der Krise auf mehr als zehn Prozent im Jahr 2013.¹

Verschiedene Politiken des Sparens sollten Europa aus der Finanzkrise retten, haben die Schulden seither aber erhöht, ohne Wachstum zu erzeugen. Der schottische Politikwissenschaftler Mark Blyth entlarvt die europäische Austeritätspolitik gar als einen gefährlichen Irrweg im Dienste konservativer Politik und einseitiger wirtschaftlicher Interessen.² Nach der Finanzmarktkrise, der großen Rezession und der Eurokrise ist es den Konservativen allerdings weltweit gelungen, Staatsausgaben als das Hauptproblem und das größte Hindernis für neues Wachstum hinzustellen. Nachdem im Zuge der Konjunkturprogramme und Bankenrettung die Staatsverschuldung beinahe überall stark gestiegen ist, wird vor allem den Krisenländern der Eurozone eine harte Sparpolitik zugemutet. Aber diese Politik hat die Krise seither nur verschärft. Mark Blyth begründet dies vor allem damit, dass die Austeritätspolitik auf fehlerhaften Statistiken und fragwürdigen Theorien beruht. Sie gefährde damit den Wohlstand und untergrabe die Demokratie.

Besonders US-amerikanische Ökonomen forderten im Verlauf der Diskussion über die Ursachen der Wirtschaftskrise vehement die Abkehr von der einseitigen Sparpolitik in der EU. Die Rufe nach staatlichen Konjunkturprogrammen und Maßnahmen für eine gerechtere Verteilungspolitik werden lauter. Nicht nur das historische Beispiel Europas in den 1930er-Jahren spricht für eine Abkehr von der aktuellen europäischen Austeritätspolitik.

¹ Vgl. Rehm 2013, S. 36

² Vgl. Blyth 2014

1 Der Ausbruch der Krise

Am 15. September 2008 erfolgte der Showdown zur größten weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise seit 1929. An diesem Tag musste die US-Investmentbank Lehman-Brothers Gläubigerschutz beantragen. Die Insolvenz von Lehman löste weltweit massive Turbulenzen an den Finanzmärkten aus. Nur einige Wochen später stimmte das US-Repräsentantenhaus einem 700-Milliarden-Dollar-Paket für die Finanzwirtschaft zu. In Europa stand mit Island plötzlich gar ein Staat vor dem Bankrott. Der Inselstaat übernahm per Notverstaatlichung die Kontrolle über das gesamte Finanzwesen. In Deutschland einigte sich die große Koalition auf einen Pakt für Beschäftigung und Stabilität über rund 50 Milliarden Euro.³

Im Februar 2009 einigte sich der US-Kongress auf das größte Konjunkturprogramm seit dem Zweiten Weltkrieg. Mit 789 Milliarden Dollar versuchte Präsident Barack Obama die US-Wirtschaft anzukurbeln und damit mehr als drei Millionen Arbeitsplätze zu schaffen oder zu erhalten.⁴

Mit der Akzeptanz der Pleite der US-Investmentbank Lehman-Brothers wollte die US-Regierung die Marktkräfte wirken lassen. Sowohl die Aktionäre als auch die Kreditgeber von Lehman sollten ihr Geld verlieren. Dies stellte sich als folgenschwerer Fehler heraus, weil sich dadurch unter den Banken Angst breitmachte. Der deutsche Wirtschaftsweisen Peter Bofinger stellt dazu fest, dass...

„... der so ausgelöste Vertrauensverlust wie ein Tsunami durch das globale Finanzsystem fegte. [...] Mit den dann im Laufe des Oktober 2008 ergriffenen umfangreichen Rettungsprogrammen konnten die Regierungen der großen Industrieländer verhindern, dass es zur Kernschmelze kam.“⁵

³ Vgl. Hecht/Müller 2009, S. 3

⁴ Vgl. ebd.

⁵ Bofinger 2009, S. 30

Die Regierungen der großen Industrieländer garantierten den Sparern die Sicherheit ihrer Ersparnisse und sorgten damit dafür, dass es nicht zu einem Run auf die Banken kam. Bofinger sieht in den Notenbanken die wichtigsten Player bei der Verhinderung einer weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise, indem diese bereit waren, ihre Kredite an das Bankensystem mehr als zu verdoppeln. Dies war von wesentlicher Bedeutung, weil sich die Banken zuvor aufgrund einer großen Vertrauenskrise gegenseitig kein Geld mehr leihen wollten.⁶

Mit dem Zusammenbruch von Lehman Brothers begann die größte Krise der Weltwirtschaft seit den 1930er-Jahren. Die Industrieproduktion kam weltweit beinahe vollständig zum Erliegen. Die Arbeitslosenzahlen stiegen überall rasant an. Der globale Konjunktureinbruch führte zu erheblichen Vermögensverlusten privater und institutioneller Anleger. Viele konnten ihre bestehenden Kredite nicht mehr bedienen, wodurch die Zahl notleidender Kredite gefährlich anstieg. Mit dieser Abwärtsspirale begann eine Weltwirtschaftskrise, die trotz enormer finanzieller Anstrengungen bis heute nicht vollständig behoben werden konnte.

⁶ Vgl. Bofinger 2009, S. 30 ff.

2 Eine Analyse der Krise

2.1 Der Ursprung der Wirtschaftskrise 2008/09

2.1.1 Die amerikanische Immobilienblase als Auslöser der Krise

Es herrscht Einigkeit in der Zunft der Ökonomen, dass der Ursprung der Krise, die in der Insolvenz von Lehman Brothers gipfelte und seither auch auf Europa überggesprungen ist, auf dem amerikanischen Immobilienmarkt zu suchen ist. Hecht/Müller erklären in ihrem Beitrag „Von der Finanz- zur Wirtschaftskrise“ den Ausgangspunkt der Krise so:

„Dort [in den USA] waren Kredite als Ergebnis einer ‚Billiggeldpolitik‘ der Zentralbanken viel zu leicht und zu günstig zu haben. Viele Menschen wurden geradezu gedrängt, hohe Risiken einzugehen, um sich den Traum des eigenen Heimes zu ermöglichen. Diese Vergabe von Krediten an Schuldner die zum Teil keine Sicherheiten, kein Eigenkapital und auch keinen Job hatten, war aufgrund des ‚billigen‘ Geldes lukrativ, aber sehr riskant. Um die Gefahren dieser sogenannten ‚Subprime-Kredite‘ zu verschleiern, wurden immer kompliziertere Finanzprodukte entworfen und weltweit verkauft. Aus heutiger Sicht erscheint es nicht nachvollziehbar, wie Banken auf der ganzen Welt diese Produkte kaufen konnten, obwohl sie nicht genau wussten, was sich hinter diesen verbarg. Heute wissen wir, dass sich viele auf die Bewertung von Ratingagenturen verlassen haben. Auch hier versagte der Markt, da die Ratingagenturen selbst hohe Honorare sowohl für die Beratung als auch für die Bewertung der Produkte erhalten haben. Sie bewerteten sozusagen das eigene Finanzprodukt und Bankmanager – auch von biedereren Landesbanken in Deutschland –, vertrauten auf das Urteil, ohne selbst das Produkt zu prüfen.“⁷

⁷ Hecht/Müller 2009, S.1

Im Jahr 2006 war der jahrelange Boom am amerikanischen Immobilienmarkt zu Ende. Die astronomischen Hauspreise brachen ein und gleichzeitig gerieten die Geschäfte mit riskanten US-Hypothekenkrediten in eine Schieflage, als die einkommensschwachen Kreditnehmer ihre Raten nicht mehr zurückzahlen konnten. Im Oktober 2007 kündigte eine der größten Banken, die Citigroup, einen Gewinneinbruch um etwa 60 Prozent an. Innerhalb weniger Wochen musste sie mehr als 17 Milliarden Dollar aus dem Subprime-Engagement in ihren Büchern berichtigen.⁸

2.1.2 Europas Umgang mit der Finanzkrise

Der deutsche Ökonom Heiner Flassbeck stellte zum Ausbruch der Finanzkrise in Europa Folgendes fest:

„Wie die EU-Behörden auf die Krise reagierten, sagt viel über das Wesen der Europäischen Union selbst aus. Nach einer anfänglichen Phase der Verwirrung, in der die Schuld direkt bei der hohen Staatsverschuldung der Peripherieländer gesucht wurde (mit besonders großer Gehässigkeit gegen Griechenland), wurde klar, dass der Kern der Währungsunion selbst in Gefahr war. Nach und nach wurde eine politische Reaktion in Form von „Rettungsmaßnahmen“ formuliert, die sich an den Interventionen des Internationalen Währungsfonds (IWF) früherer Jahre orientierte, die das Denken in der Europäischen Union beherrscht.“⁹

Nach wie vor dominiert in Europa die Sichtweise, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise einer fehlenden Haushaltsdisziplin zuzuschreiben ist. Hauptverantwortlich dafür wären demnach unsolide, ausgabenfreudige Euro-Krisenländer gewesen, welche mit ihren ständig steigenden Schuldenlasten die

⁸ Vgl. Hecht/Müller 2009, S.3

⁹ Flassbeck 2015b, S. 15

Finanzmärkte derart verunsichert hätten, dass diese das Vertrauen in die Solvenz schließlich vollständig verloren.¹⁰

Das Linzer Jahoda-Bauer-Institut wiederum zeigt in seinem interaktiven Online-Auftritt www.diekriseverstehen.net die Zusammenhänge hinter der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise anschaulich auf: Im Gegensatz zur Meinung europäischer Mainstream-Ökonomen ist der starke Anstieg der Staatsverschuldung seit 2008 nicht auf die Folgen einer expansiven Budgetpolitik der Staaten zurückzuführen. Die steigende Finanznot der Staaten liegt ganz im Gegensatz dazu vor allem in einer Kombination aus sinkenden Einnahmen, Ausgabenerhöhungen für die Abstützung der Konjunktur und der Einrichtung von Bankenrettungspaketen begründet. *Abbildung 1* zeigt die Entwicklung der europäischen Staatsschulden seit 1995:

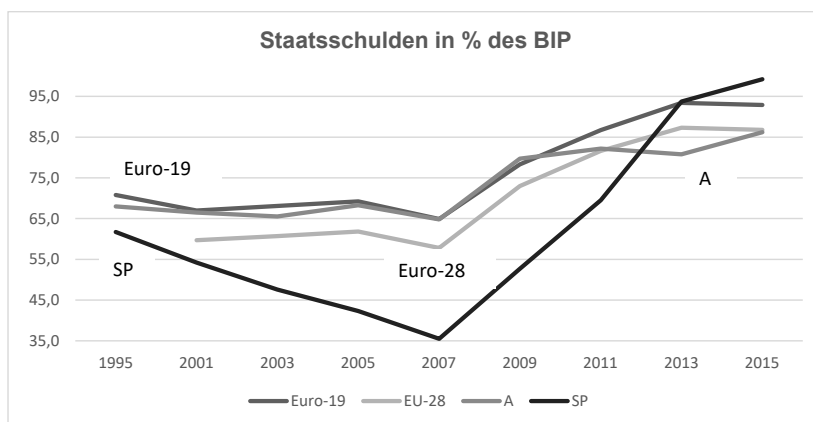


Abbildung 1: Staatsschuldenquoten im Vergleich. Quelle: Europäische Kommission.

Bis zum Ausbruch der Krise im Jahr 2007 waren die Staatsschulden relativ zur Wirtschaftsleistung sowohl in der Eurozone als auch in den EU-28 rückläufig. Erst die im Verlauf der Krise entstandenen Steuerausfälle und Rettungspakete

¹⁰ Vgl. Grunert 2013, S. 30

verursachten den massiven Anstieg der Verschuldung der europäischen Staatshaushalte. Beinahe gleichzeitig begann man in allen europäischen Ländern der Abwärtsspirale der Gesamtwirtschaft durch wirtschaftspolitische Impulse entgegenzuwirken. Die erst durch die Intervention der Staaten entstandene zusätzliche Verschuldung hatte in Kombination mit den schlechten Wirtschaftsdaten besonders in Südeuropa auch Auswirkungen auf die Bonitäts-Ratings der Staaten und damit auf den Zinssatz zur Refinanzierung des Staatshaushaltes.¹¹

¹¹ Vgl. Hubmann 2013, S. 3

2.2 Die tieferen Ursachen der Krise

Der österreichische Ökonom Markus Marterbauer nennt als Ursachen für die Krise drei wesentliche Bereiche: die Deregulierung der Finanzmärkte in den 2000er-Jahren und Ungleichheiten sowohl in der Verteilung als auch in der gesamten Weltwirtschaft.¹²

2.2.1 Die Deregulierung der Finanzmärkte

Die extreme Deregulierung der Finanzmärkte seit den 1990er-Jahren erhöhte zwar die Ertragschancen der Investoren, damit aber auch deren Risiko. Investitionen in der Realwirtschaft wurden im Verhältnis zu den zu erwartenden Renditen auf den Weltfinanzmärkten weniger ertragreich. Seither bestätigt uns die steigende Zahl der Finanzkrisen die Instabilität der internationalen Wirtschaft. Auf übertriebene Boomphasen folgt stets ein Einbruch der Erwartungen, gefolgt von einem ebenso deutlich übertriebenen Rückzug der Anlegerinnen und Anleger und damit verbundenen Kurseinbrüchen.¹³

„Trotz wachsender systemischer Risiken wurden die Beschränkungen im Finanzkasino so immer stärker reguliert und zusätzlich wurde zugelassen, dass zunehmend auch mit fremdem Kapital direkt durch Kredite und indirekt mittels Spareinlagen sowie impliziten Haftungen der Allgemeinheit durch Risikoübernahmen des Staates („too big to fail“) spekuliert werden konnte.“¹⁴

¹² Vgl. Marterbauer 2011, S. 16ff.

¹³ Vgl. BEIGEWUM 2013, S. 8

¹⁴ Ebd.

2.2.2 Ungleichheit in der Verteilung

Seit den 1980er-Jahren weitet sich die Ungleichheit in der Verteilung von Vermögen und Einkommen auf der ganzen Welt aus. Als Folge dieser Entwicklung ist in fast allen Ländern die Tendenz zu einer stärkeren Konzentration der Finanz- und Immobilienvermögen, zu einem Rückgang des Anteils der Lohneinkommen am gesamten Volkseinkommen und zu einer Zunahme der Spreizung zwischen hohen Einkommen einerseits und mittleren bzw. niedrigen Einkommen andererseits zu beobachten.¹⁵

Der Gini-Koeffizient, der angibt, wie gleich bzw. ungleich die Einkommen in einer Volkswirtschaft verteilt sind, bestätigt diesen Zusammenhang eindrucksvoll. In Deutschland bspw. ist diese Maßzahl von 1985 bis 2005 um 15 Prozent gestiegen – die Einkommen sind um diesen Wert ungleicher geworden. Gleichzeitig führt diese ungleiche Verteilung zu Rekordgewinnen bei den Unternehmen und hohen Dividendenausschüttungen bzw. einer Anhäufung von Vermögen, das zum „*Spielkapital am Kasino des Finanzmarktes*“ wurde. Es sind die Vermögenden, die seit jeher zu risikoreicheren Finanzanlagen neigen. Zusammen mit immer weniger regulierten Finanzmärkten ergab dies eine der langfristigen Ursachen der immer noch andauernden Krise.¹⁶

2.2.3 Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft

Schließlich ist in den vergangenen Jahren eine immer größer werdende Kluft zwischen Ländern mit Leistungsbilanzüberschüssen und Ländern mit Leistungsbilanzdefiziten zu beobachten. Der ersten Gruppe gehören Länder wie „Exportweltmeister“ Deutschland, Japan, oder China an. Defizite in den Handelsbilanzen weisen bspw. die USA und Großbritannien, aber auch Griechenland, Portugal und Spanien auf.

¹⁵ Vgl. Marterbauer 2011, S. 26

¹⁶ Vgl. BEIGEWUM 2013, S. 7

Die Leistungsbilanzunterschiede in Europa sind zu einem nicht unwesentlichen Teil auf die extrem geringen Lohnzuwächse in Deutschland zurückzuführen. Nachdem die Löhne gleichzeitig die wichtigste Quelle für die Gesamtnachfrage sind, führten die Reallohnrückgänge in der größten europäischen Volkswirtschaft dort zu einem besonders schwachen Importwachstum, was wiederum die Exportmöglichkeiten anderer Länder nach Deutschland reduzierte. Vor der Einführung der gemeinsamen Euro-Währung war es möglich, diese Ungleichheiten in den Handelsbilanzen durch Wechselkursänderungen auszugleichen. In einem gemeinsamen europäischen Währungsraum gibt es diese Möglichkeit seit der Fixierung der Wechselkurse im Jahr 1999 allerdings nicht mehr.¹⁷

In den Überschussländern entstanden dadurch Forderungen gegenüber den Defizitländern. Der Einkaufsboom in den heutigen Krisenländern wurde somit zu einem wesentlichen Teil durch Kredite über Privatbanken an die dortigen Banken aufrechterhalten. Die kreditgebenden Länder konnten weiterhin in diese Länder exportieren, was dazu führte, dass bspw. deutsche Banken bis zum Ausbruch der Krise zu den größten Geldgebern des griechischen Staates oder spanischer Banken zählten.¹⁸

¹⁷ Vgl. BEIGEWUM 2013, S. 8

¹⁸ Vgl. ebd., S. 9

Die simple Logik einer solch reinen Spar- oder Austeritätspolitik zeigt *Abbildung 2* auf: Der Staat kürzt seine Ausgaben und setzt in der Regel neoliberale „Strukturreformen“ um. Dadurch wiedererstarbt das Vertrauen der Märkte in den Staat, der Privatsektor investiert und es kommt zum Aufschwung der Wirtschaft. In der Folge sinkt die Arbeitslosigkeit, ebenso das Haushaltsdefizit, und am Ende des Prozesses haben die Investoren ihr Vertrauen in den Staat wiedergefunden, wodurch die Zinsen wieder sinken. Das Ergebnis ist ein Ende der Krise.

Die Reduktion der Staatsschulden ist vermeintliches Hauptziel der Austeritätspolitik. Für Befürworter dieser Theorie sind Staatsschulden Auslöser und Wurzel allen Übels. Diese sollen durch radikale Kürzungen staatlicher Ausgaben vermindert werden, um die Krise zu lösen. Schon die Annahme allerdings, Staatsschulden wären Auslöser und nicht Folge der Krise, ist in den Augen des Linzer Ökonomen Georg Hubmann falsch. Grundlage für die Krise sind seiner Meinung nicht die staatlichen Ausgaben und Investitionen, sondern die ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung, deregulierte Finanzmärkte und die Ungleichgewichte zwischen den Volkswirtschaften in Europa.²⁰

²⁰ Vgl. Hubmann 2013

3.2 Die europäische Austeritätspolitik in der Praxis



Abbildung 3: Der Teufelskreis der Austeritätspolitik

In den Wirtschaftswissenschaften steht dem oben genannten Sparkonzept folgende Theorie in *Abbildung 3* gegenüber: Kürzt ein Staat in der Krise seine Ausgaben, steigt die Arbeitslosigkeit und die gesamtwirtschaftliche Nachfrage sinkt, wodurch eine Volkswirtschaft in eine Rezession stürzen kann. In einer Rezession nimmt jedoch auch der Staat weniger Steuern ein und verfehlt seine Sparziele, das Haushaltsdefizit steigt und ohne die Intervention der Notenbank steigen am Ende des Prozesses die Zinsen für Staatsanleihen weiter an. Zwar hat die EZB diesen letzten Schritt einer negativen Entwicklung durch ihre Interventionspolitik ausgehebelt, der Rest der Austeritätsspirale ist jedoch eins zu eins in den Krisenländern zu beobachten.²¹

²¹ Vgl. Berger 2013

Wie der freie Journalist Jens Berger und der Ökonom Albrecht Müller auf ihrer Webseite www.nachdenkseiten.de richtig feststellen, „*stehen zwischen der o.a. Theorie und der Wirklichkeit der Austeritätspolitik jedoch die ökonomische Logik und der gesunde Menschenverstand*“. Weder CDU/CSU noch SPD haben diesen Mechanismus in ihrem Koalitionspapier ausreichend berücksichtigt. An diversen Stellen des Koalitionsvertrags ist zwar von Investitionen die Rede, diese blieben aber bisher nicht mehr als „*gut gemeinte Absichtsbekundungen*“.²²

Der österreichische Ökonom Markus Marterbauer beschreibt die Dramatik der Finanzkrise des Jahres 2010 wie folgt:

*„Doch ist es wichtig zu erkennen, dass die Staatsschuldenkrise in der EU das Ergebnis der Finanzkrise ist, die hohe Kosten für die Rettung von Banken und einen Einbruch der Staatseinnahmen bewirkt hat. Die Jahre 2008 und 2009 waren von der unter Einsatz großer Beträge an Steuergeld erfolgten Rettung der Banken geprägt. Nun hat sich die politische Situation umgekehrt. Die Gläubiger, also internationale Banken, Versicherungen und Pensionsfonds, sind nicht mehr bereit, die Staaten zu finanzieren. Zahlungsausfälle von Staaten drohen, der Staatsbankrott wird von den Medien an die Wand gemalt.“*²³

Nun kann eine Volkswirtschaft nicht wie ein privates Unternehmen bei einer Zahlungsunfähigkeit in Konkurs gehen und von der Landkarte verschwinden. Im Lauf der Geschichte hat es derartige Zahlungsausfälle immer wieder gegeben. Trotzdem ist seit den 1950er-Jahren kein westliches Industrieland in einen Staatsbankrott geraten. In ähnlichen Fällen in der Vergangenheit wurde beispielsweise vereinbart, dass die Gläubiger auf einen Teil der Schuldenrückzahlung verzichten, die vereinbarten Zinssätze gesenkt werden oder der Rückzahlungszeitraum gestreckt wird. Beispielfhaft können hier die

²² Vgl. Berger 2013

²³ Marterbauer 2011, S. 89f.

lateinamerikanische Schuldenkrise der 1980er-Jahre, Polen Anfang der 1980er-Jahre, Russland 1998 oder der Bankrott Argentiniens 2001/02 genannt werden.²⁴

Marterbauer beantwortet die Frage, warum man seitens der Europäischen Union nicht auch bei Griechenland, Irland und Portugal eine solche Lösungsstrategie gewählt hat, mit folgenden drei Gründen:²⁵

- i. Eine Nichtbedienung der Staatsschuld hätte die Bereitschaft der Gläubiger wegen des gestiegenen Rückzahlungsrisikos beendet, neue Schulden der betroffenen Staaten zu zeichnen. Es wäre also jedenfalls die Unterstützung der EU mittels umfangreicher Kredite nötig gewesen.
- ii. Zahlungsausfälle eines Staates treiben auch die Finanzierungskosten anderer betroffener Staaten in die Höhe. Die Auslösung einer Schuldenkrise in weiteren Staaten wollte man in der EU in der angespannten Lage unbedingt vermeiden.
- iii. Zahlungsausfälle hätten unmittelbar die Gläubiger getroffen. Sowohl die Banken in den betroffenen Staaten als auch deutsche und französische Institute wollten auch diese Situation unbedingt vermeiden.

Der deutsche Ifo-Ökonom Hans-Werner Sinn wiederum forderte als Ausweg zu den Zahlungsausfällen das freiwillige oder unfreiwillige Ausscheiden der betroffenen Staaten aus der Währungsunion, und zwar vor allem mit dem Argument, eine damit verbundene kräftige Abwertung der neuen Währung gegenüber dem Euro könnte die Wettbewerbsfähigkeit verbessern, was zu einer Belebung der Wirtschaft führen würde.²⁶

In den Augen vieler Ökonomen übersieht Sinn allerdings ein ganz entscheidendes Problem: Nachdem die Verschuldung der von der Staatsschuldenkrise betroffenen Staaten in Euro besteht, würde eine Abwertung der Währung bedeuten, dass die

²⁴ Vgl. Marterbauer 2011, S. 90

²⁵ Vgl. ebd., S. 90f.

²⁶ Vgl. Sinn 2014, S. 134f.

Staatsschulden wie auch die privaten Schulden der Haushalte und Unternehmen kräftig ansteigen. Ein Bankrott der Staaten, den man mit dem Euro-Ausstieg vermeiden wollte, würde dadurch erst recht eintreten.²⁷

3.2.1 Der provisorische (EFSF) und der stetige Stabilitätsmechanismus (ESM)

Die finanziellen Schwierigkeiten der Eurostaaten, vor allem Griechenlands, Irlands und Portugals, führten in der Europäischen Union im Juni 2010 zur Einrichtung eines institutionellen Rettungsmechanismus, der „Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität“ (ESFS). Dieser Mechanismus sah die Ausgabe von Anleihen und anderer Schuldtitel für in Finanznot geratene Euro-Staaten durch den ESFS vor. Die Initiative zu diesem Rettungsmechanismus ging auf dem Euro-Gipfel vom 7. bis 9. Mai 2010 von Frankreichs Präsidenten Sarkozy und Italiens Ministerpräsidenten Berlusconi aus und traf damals auf große Skepsis der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel. Ziel war es vor allem, den Anstieg der Zinsen für Staatsanleihen zu stabilisieren.²⁸

Der ESFS wurde in der Folge noch im Jahr 2010 gegründet, um Kredite im Ausmaß von maximal 440 Milliarden Euro an jene Mitgliedsstaaten zu vergeben, die sich in einer Staatsschuldenkrise befanden. Der Zinssatz der Kredite betrug zu Beginn durchschnittlich mehr als 5 Prozent, die Haftungen wurden von den Mitgliedsländern übernommen. Inklusive weiterer Kreditzusagen des Internationalen Währungsfonds (IWF) standen diesem Rettungsinstrument insgesamt 750 Milliarden Euro zur Verfügung.²⁹ Die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität lieh sich das Geld auf den Finanzmärkten und die Staaten garantierten jeweils für die Geldgeschäfte der Fazilität, einer Gesellschaft luxemburgischen Rechts mit Sitz im Großherzogtum.³⁰

²⁷ Vgl. Marterbauer 2011, S. 91

²⁸ Vgl. Illing 2013, S. 63

²⁹ Vgl. Marterbauer 2011, S. 91f.

³⁰ Vgl. Illing 2013, S. 64

Dem Fonds wurde die Aufgabe übertragen, notleidenden Staaten mit Krediten zu helfen und Staatspapiere auf dem offenen Markt zu kaufen, um damit die Kurse dieser Papiere zu stützen.³¹

Der deutsche Ökonom Hans-Werner Sinn erklärte die von der Europäischen Union gewählte Vorgangsweise so:

„Insgesamt waren damit bis zum Ende 2013 nach heutigem Kenntnisstand (Februar 2014) 1058 Milliarden Euro an öffentlichen Krediten an die Krisenländer gewährt worden, von denen 393 Milliarden Euro vom Rat der EZB beschlossen oder toleriert wurden. Fast zwei Drittel der Rettungskredite [...] entzogen sich der demokratischen Kontrolle der Parlamente. Hier zeigte sich [...] ein ganz fundamentales rechtliches Problem, das das deutsche Bundesverfassungsgericht in Unruhe versetzen sollte.“³²

Die Gründung der EFSF erfolgte demgemäß ausschließlich durch eine zwischenstaatliche Vereinbarung ohne Billigung durch das EU-Parlament. Kritik entzündete sich außerdem an dem Mandat des IWF und seinen Sanktionsrechten gegen Staaten bei Finanzhilfen im Rahmen der Euro-Rettung. Es wurde argumentiert, dass Fragen zum Euro alleine auf europarechtlicher Ebene zu entscheiden seien und daher eine intergouvernementale Regelung zu Finanzhilfen nicht zulässig wäre.³³

Die Vergabe von Krediten aus dem EFSF war außerdem mit strikten Auflagen verbunden, u.a. harten Konsolidierungsmaßnahmen durch umfangreiche Staatsausgabenkürzungen, Steuererhöhungen und Privatisierungen.³⁴

Diese Politik verschärfte laut Marterbauer die Rezession:

³¹ Vgl. Sinn 2014, S. 73

³² Sinn 2014, S. 74

³³ Vgl. Illing 2013, S. 65

³⁴ Vgl. Marterbauer 2011, S. 92

„Als Faustregel kann gelten, dass ein Konsolidierungspaket im Ausmaß von 10 Prozent des BIP je nach seiner Ausgestaltung das BIP des betroffenen Landes um mindestens 5 Prozent verringert. Damit sinken die Staatseinnahmen, die in den meisten Ländern etwa die Hälfte des BIP ausmachen, um 2,5 Prozent. Trotz Konsolidierung verringert sich das Budgetdefizit deshalb nur um 7,5 Prozent des BIP. Die Staatsschuld steigt gemessen am BIP weiter, da das BIP rascher sinkt, als sich der Budgetsaldo verbessert.“³⁵

Es ist ökonomisch unschwer nachvollziehbar, dass Länder mit einer hohen Staatsschuld aus dieser fatalen Situation nicht alleine herauskommen können. Mit der Konsolidierung wird die Konjunktur gedämpft und ohne Wirtschaftswachstum kann der Weg aus der Schuldenkrise nicht gelingen. Für das Funktionieren des Konzepts konservativer Ökonomen des „Heraussparens aus der Krise“ gibt es bis heute keinen wissenschaftlichen Beleg.

Zur Einrichtung des ESM hätte es selbstverständlich bessere Alternativen gegeben, die allerdings politisch nicht durchsetzbar waren. Beispielsweise hätte die Zinslast einzelner Eurostaaten bzw. der Eurozone insgesamt auch dadurch gesenkt werden können, dass die Notenbank einspringt, sobald sich internationale InvestorInnen zurückziehen. Auch die Einführung von Eurobonds hätte verhindern können, dass es zu ungleichen Finanzierungsmöglichkeiten der Staaten kommt. So konnte der ESM nur etwa fünf Prozent der öffentlichen Verschuldung der Eurozone abdecken, was nicht ausreichend gewesen wäre, wenn sich die Krise in den großen Ökonomien Spanien und Italien zugespitzt hätte.³⁶

³⁵ Marterbauer 2011, S. 92

³⁶ Vgl. Feigl 2013

In der Praxis erwiesen sich die restriktiven, von einer neoliberalen Wirtschaftspolitik inspirierten Auflagen als Hauptproblem des Europäischen Rettungsmechanismus. Diese verursachte durch radikale Sparmaßnahmen und Druck auf die Löhne ein Schrumpfen der Wirtschaftsleistung und ein gleichzeitiges Ansteigen der Arbeitslosigkeit. Dadurch sanken aber auch die Steuereinnahmen und damit die Möglichkeiten der betroffenen Staaten, ihre Kredite zukünftig zu bedienen. Es ist außerdem zu kritisieren, dass keine demokratische Kontrolle auf europäischer Ebene - bspw. durch die Mitentscheidung des Europäischen Parlaments - geschaffen wurde, sondern die nationalen FinanzministerInnen bzw. operativ die Troika (EU-Kommission, EZB, Internationaler Währungsfonds) ihre Entscheidungen eigenmächtig traf.³⁷

Der Ökonom Georg Feigl führt weiter aus, dass paradoxerweise der Hauptteil der finanziellen Risiken nicht auf den ESM selbst zurückzuführen ist, sondern auf Verluste bei einem Scheitern der Eurozone. Diese Verluste wären aber gerade dann eingetreten, wenn es den ESM (oder andere Hilfsmaßnahmen) nicht gegeben hätte, weil Staatsschulden mit einem Zinssatz jenseits der 7 % schwieriger zu bedienen sind als mit weniger als 4 %. Auf den Punkt gebracht: Der ESM hat genau jene drohenden Verluste verhindert, die die neoliberalen ESM-KritikerInnen befürchteten.³⁸

Eine Auflösung der Eurozone hätte wesentlich höhere politische und realwirtschaftliche Kosten verursacht. Klare Hinweise darauf gibt eine Analyse des WIFO³⁹ auf die mögliche Dimension eines solchen Scheiterns des Euro:

„Zehntausende zusätzliche Arbeitslose alleine in Österreich, ein Wirtschaftseinbruch größer als 2009 – und folglich eine mittelfristige Budgetbelastung, die das ESM-Verlustrisiko wohl in den Schatten stellen würde.“⁴⁰

³⁷ Vgl. Feigl 2013

³⁸ Vgl. ebd.

³⁹ Vgl. Kaniovski, Breuss, Sinabell 2012

⁴⁰ Feigl 2013

3.2.2 Die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts („Six Pack“)

Um den Ursachen der Krise entgegen zu wirken und den fiskalischen und makroökonomischen Ungleichgewichten Herr zu werden, ersann die Europäische Kommission bereits im September 2010 eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts.

„Die Bezeichnung „Six Pack“ bezieht sich auf die insgesamt sechs Gesetzesentwürfe der Kommission, die schließlich am 13. Dezember 2011 in Kraft traten. [...] Das Ziel des Pakets von Rechtsakten ist eine Stärkung der wirtschaftspolitischen Steuerung der EU, insbesondere in der Euro-Zone.“⁴¹

Mit dem „Six-Pack“ wollte die EU den Mitgliedstaaten eine strengere Haushaltspolitik und eine stringenter Wirtschaftspolitik auferlegen. Es sollte vor allem verhindert werden, dass durch permanente Überschüsse und die gegenüberstehenden Defizite übermäßige Schulden entstehen, die sich durch Wechselkursanpassungen nicht mehr ausgleichen lassen. Der „Six Pack“ führte in der Folge zu einer Verschärfung des Wachstums- und Stabilitätspakts. Es wurde genau festgelegt, was unter einer Abweichung von Zielvorgaben verstanden wurde bzw. wie genau und wann die entsprechenden Zielvorgaben erreicht werden müssen.⁴²

Die neuen Regeln führten in erster Linie zu einer Stärkung der Kommission. Sie konnte nunmehr als präventive Maßnahme ein Defizitverfahren bereits dann einleiten, wenn das mittelfristige Ziel eines ausgeglichenen Haushalts von einem Mitgliedsstaat nicht eingehalten wurde. In diesem Fall wurden die Regierungen verpflichtet, jährlich 5 Prozent (ein Zwanzigstel) des über dem Maastricht-Kriterium liegenden Schuldenstands abzubauen. Sollten die Staaten die Vorgaben nicht

⁴¹ Illing 2013, S. 73

⁴² Vgl. Illing 2013, S. 73

oder nur unzureichend umsetzen, konnte die Kommission eine Frühwarnung aussprechen, infolge der die säumigen Länder nach einer Frist von sechs Monaten eine Einlage in Höhe von 0,2 Prozent des BIP erbringen müssen. Wenn auch danach keine Anpassungen stattfinden, verwandelt sich die Einlage in eine Strafzahlung. Nur eine qualifizierte Mehrheit der Euro-Staaten kann den Sanktionsmechanismus stoppen.⁴³

Illing verweist darauf, dass die abgestimmten wirtschaftspolitischen Vorgaben des „Six Pack“ die makroökonomischen Ungleichgewichte der Mitgliedsstaaten abbauen hätten sollen. In der Praxis hätte dies im europäischen Wirtschaftsraum eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Defizitländer bei gleichzeitiger Verringerung der Überschüsse Deutschlands bedeutet. Doch Deutschlands Finanzminister Schäuble lehnte diese Regelung ab, weil sie zu einer geringeren Exportquote und einer stärkeren Binnennachfrage und damit Senkung der Wettbewerbsfähigkeit geführt hätte. Schäuble betonte, dass die *„Notwendigkeit für politische Eingriffe besonders in jenen Mitgliedsstaaten besteht, die ständige Handelsbilanzdefizite und Wettbewerbsnachteile verzeichnen“*⁴⁴, womit Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit als Zielmarke für die übrigen Euro-Mitgliedsstaaten bestehen blieb.⁴⁵ Auch bei Berücksichtigung der positiven Aspekte einer wettbewerbsfähigen Ökonomie war der deutsche Einsatz zugunsten der eigenen Wirtschaft mit negativen externen Effekten für die gesamte Währungsunion verbunden:

„Betriebswirtschaftlich ist die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zweifelsohne nicht nur zu begrüßen, sondern unerlässlich, um im globalen Wettbewerb zu bestehen. Volkswirtschaftlich ist diese Exportdominanz aber widersinnig: Deutschlands Fleiß und Strebsamkeit fließen in Überschüsse, die den anderen Ländern wieder als Kredite zur Verfügung gestellt werden müssen, weil sie selbst nichts

⁴³ Vgl. Illing 2013, S. 74

⁴⁴ Vgl. Ratspapiere, 11484/2/11, Brüssel 21. Juni 2011, S. 6

⁴⁵ Vgl. Illing 2013, S. 74

verkaufen. Im schlimmsten Falle erhalten die Unternehmen der Peripherie kein Geld mehr, gehen Pleite und Deutschlands Kredite sind verloren. Volkswirtschaftlich betrachtet liegen Kreislaufprozesse vor, sodass kein Land beständig Überschüsse erwirtschaften kann, ohne dass andere entsprechende Einbußen erleiden. Das Stabilitätsgesetz spricht deshalb von einem „außenwirtschaftlichen Gleichgewicht“, weil bei beständigen Überschüssen die Gefahr besteht, die Forderungen gegenüber den Defizitländern zu verlieren.“⁴⁶

Es stellt sich die Frage, warum Deutschland Transferzahlungen leistet und gleichzeitig eine Wirtschaftspolitik verfolgt, welche diese Zahlungen erst notwendig macht. Eine stärkere Betonung der Einfuhrpolitik würde für Deutschland ein höheres Konsumniveau bedeuten. Das bestehende Ungleichgewicht in den Euro-Staaten würde verringert und Transferzahlungen möglicherweise nicht mehr nötig sein.

Sollten die derzeitigen Defizitländer das deutsche Leistungsniveau nicht erreichen, muss Deutschland weiterhin Transferzahlungen an diese Länder leisten. Die Folge wäre laut Illing eine fortgesetzte Destabilisierung der europäischen Währungsunion.⁴⁷

3.2.3 Ein Hilfspaket für Spaniens Banken

Spanien steckte 2010 in einer Rezession mit etwa 20 Prozent Arbeitslosigkeit und 40 Prozent Jugendarbeitslosigkeit. Zu Beginn der Euro-Krise blieben die Zinsen für Spaniens Anleihen allerdings moderat. Während Spanien 2007 noch einen Haushaltsüberschuss erwirtschaftete, war das Budgetdefizit 2008 auf 4 Prozent und 2009 sogar auf 11 Prozent hochgeschneit. Das erste Sparpaket der Regierung Zapatero wurde im Mai 2010 verabschiedet, flankiert von

⁴⁶ Illing 2013, S. 87

⁴⁷ Vgl. Illing 2013, S. 88

umfangreichen Reformen am Arbeitsmarkt. Einen Monat später wurde öffentlich, dass Spanien möglicherweise Finanzhilfen aus dem EFSF benötigen würde.⁴⁸

Die Ursache für Spaniens Finanzprobleme lag in einer geplatzten Immobilienblase, die viele Jahre hindurch ein starkes wirtschaftliches Wachstum antrieb. Der Preisverfall der Immobilien führte schließlich zu enormen Verlusten für die Hauseigentümer, die sich – entsprechend den Entwicklungen in den USA - in Zahlungsausfällen für die Banken niederschlugen.⁴⁹

Der Schuldenstand Spaniens lag im Jahr 2009 bei 53 Prozent des BIP. Erst Ende 2010 überschritt der Schuldenstand mit 61 Prozent des BIP knapp die Grenze der Stabilitätskriterien. Trotzdem stiegen im Zuge der Griechenland-Krise die Zinsen für spanische Staatsanleihen stark an. 2011 wuchsen die Staatsschulden bei einer Neuverschuldung von 9 Prozent auf knapp 70 Prozent des BIP. Am 17. November 2011 bat Regierungschef Zapatero die EZB, spanische Staatsanleihen zu kaufen. Ein halbes Jahr später suchte Spanien den Schutz unter dem Rettungsschirm EFSF, der einen Gesamtfinanzierungsbedarf von etwa 100 Milliarden Euro – allerdings nicht für den Staatshaushalt, sondern dezidiert für die Restrukturierung der Banken – genehmigte.⁵⁰

Die europäischen Finanzhilfen waren wie für die anderen Staaten der Euro-Zone an die Einhaltung einer strengen Austeritätspolitik gekoppelt. Erst diese Bedingungen verschärften die spanische Wirtschaftskrise dramatisch. Seitdem stieg die Arbeitslosigkeit von zwei (2008) auf fünf Millionen (2014) an. Gleichzeitig stiegen sowohl das Haushaltsdefizit als auch die Gesamtverschuldung kräftig an. Eine deutliche Reduktion des Haushaltsdefizits konnte die spanische Regierung bis heute nicht in den Griff bekommen.⁵¹

⁴⁸ Vgl. Illing 2013, S. 83

⁴⁹ Vgl. ebd.

⁵⁰ Vgl. ebd., S. 85

⁵¹ Vgl. Illing 2013, S. 86

3.2.4 Das zweite Hilfspaket für Griechenland und der Schuldenschnitt

Der Schuldenstand und die Zahlungsprobleme Griechenlands führten ab Juli 2011 zu Spekulationen über die Gemeinschaftswährung und damit gegen die Stabilität des gesamten Währungsraums. Ein EU-Sondergipfel genehmigte am 21. Juli 2011 ein zweites Hilfspaket für Griechenland in Höhe von 109 Milliarden Euro. Außerdem plante der EU-Gipfel einen Schuldenschnitt für Griechenland, der den Schuldenstand auf ein für den Staat erträgliches Niveau zurückführen sollte. Nachdem von dem Hilfspaket 30 Milliarden Euro für die Bankenrettung festgeschrieben wurden, stimmte die Finanzbranche dieser Vereinbarung zu. Der Gesamtumfang der Griechenlandrettung musste im Oktober 2011 noch einmal auf insgesamt 179,6 Milliarden Euro aufgestockt werden. Mit diesem Hilfspaket erfolgte außerdem eine Fristverlängerung für die Rückzahlung der bereits geliehenen Gelder von drei auf 15 Jahre.⁵²

Die führenden europäischen Politiker erkannten rasch, dass auch diese Rettungsmaßnahmen den Zweck nicht erfüllen konnten, sondern sich im Gegenteil zukünftig sogar ein weiterer Finanzierungsbedarf ergeben würde. Die Geldgeber stützten mit den Hilfgeldern nicht nur Griechenland, sondern sie stellten vor allem die Refinanzierung der Banken sicher:

„Das Hilfspaket sicherte die Investitionen der Geldhäuser, die unter marktwirtschaftlich-ordnungspolitischen Aspekten verloren gegangen wären. [...] Das Hilfspaket adressierte die Banken und Griechenland stellte einen Durchlaufposten dar. Um den reibungslosen Rückfluss des Geldes zu gewährleisten, schlug Deutschland die Einrichtung eines Sperrkontos vor, das einen Zugriff Athens auf die Finanzhilfen ausschließen sollte.“⁵³

Für die Bewilligung des zweiten Hilfspakets für Griechenland wurde von den Geldgebern ein als freiwilliger Verzicht deklarierter Schuldenschnitt vorausgesetzt,

⁵² Vgl. Illing 2013, S. 75f.

⁵³ Ebd., S. 77

der sich nur auf private Gläubiger bezog. Damit entstanden zumindest den Staaten und der EZB keine unmittelbaren Verluste. Trotzdem kamen die Steuerzahler schließlich für die Verluste auf, weil für die Bankenrettung beinahe ausnahmslos Steuermittel herangezogen wurden.⁵⁴

3.2.5 Das Konzept der „Inneren Abwertung“

2013 identifizierte die Europäische Kommission in ihrem *Alert Mechanism Report* eine „*sinkende preisliche Wettbewerbsfähigkeit in den südeuropäischen Ländern Griechenland, Italien und Spanien als zentrales makroökonomisches Problem der Eurozone*“. ⁵⁵ Dem Bericht liegt die in Europa dominante Theorie zugrunde, dass exzessive Lohn- und Preisanstiege in den Vorkrisenjahren die Ursache für die Ungleichgewichte in der Eurozone gewesen seien. Deshalb müssten die Peripherieländer ihre Löhne und Preise gegenüber ihren Handelspartnern in der EU senken, um die Krise im eigenen Land zu überwinden. Dies könne der Europäischen Kommission zufolge nur durch eine „*drastische Austeritätspolitik*“ sowie „*Strukturreformen der Arbeitsmärkte und Lohnsenkungen*“ erreicht werden.⁵⁶

In der Folge machte die Troika, bestehend aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds, im Umgang mit der Krise in Südeuropa die Steigerung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit zum zentralen Leitmotiv ihrer Politik und die Löhne zur wesentlichen Variable. Sie setzte dabei auf die makroökonomische Anpassungsstrategie der „inneren Abwertung“. Diese verfolgt das Ziel, in den betroffenen Krisenländern vorrangig Lohnsenkungen durchzusetzen und so die Lohnstückkosten zu reduzieren. Außerdem soll Druck auf eine Senkung der Verbraucherpreise ausgeübt werden,

⁵⁴ Vgl. Illing, S. 78

⁵⁵ Vgl. Europäische Kommission COM (2012) 751 final

⁵⁶ Vgl. Heimberger 2014, S. 235

mit dem Ziel, niedrigere Inflationsraten als in den nordeuropäischen Ländern der Eurozone zu erreichen.⁵⁷

Die daraus entstehende Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit hätte nach Ansicht der Troika einerseits eine Ankurbelung der Exporte und eine Steigerung der Leistungsbilanzsalden, und andererseits langfristige expansive Effekte auf Wachstum und Beschäftigung bewirken sollen.⁵⁸

Die Theorie über die Entstehung makroökonomischer Ungleichgewichte geht auf den früheren EZB-Präsidenten Jean-Claude Trichet zurück und wird seither von ranghohen Vertretern der Troika geteilt. Darin werden die ökonomischen Probleme im Euroraum vorrangig auf ein Auseinanderdriften in der preislichen Wettbewerbsfähigkeit zurückgeführt:

„Da in Griechenland, Italien, Portugal, Spanien und Irland die Lohnstückkosten in den Vorkrisenjahren deutlich stärker angestiegen waren als im Rest der Eurozone, seien in den genannten Ländern die Inflationsraten deutlich höher gewesen als im Eurozonendurchschnitt – besonders hoch aber im Vergleich zu den Nordländern des Euroraums, angeführt durch Deutschland, wo Lohnzurückhaltung praktiziert wurde. Dies habe zu einem kontinuierlichen Verlust der preislichen Wettbewerbsfähigkeit geführt, was wiederum die Akkumulation hoher Leistungsbilanzdefizite zur Folge gehabt habe. Als die Kapitalflüsse aus dem Kern der Eurozone im Zuge der Krise abrupt stoppten, wurde die Finanzierung der Leistungsbilanzdefizite zum akuten Problem und verstärkte die Krise.“⁵⁹

Auf Basis dieser Theorie war die Lösung bei den politisch Handelnden der EU dadurch vorgezeichnet, dass die Korrektur der bestehenden Ungleichgewichte

⁵⁷ Vgl. Heimberger 2014, S. 235

⁵⁸ Vgl. ebd., S. 236

⁵⁹ Ebd., S. 236 f.

über eine Reduktion der Lohnstückkosten in den betroffenen Ländern der Eurozone erfolgen muss – mit den Löhnen als zentrale Anpassungsvariable.⁶⁰

Flassbeck, Heimberger u.a. halten der o.g. Krisentheorie entgegen, dass die Bedeutung der Löhne als Beitrag zur steigenden Inflation bei weitem überschätzt wird. Beispielsweise haben in Spanien die Unternehmensgewinne sogar mehr zur Inflation beigetragen als die Lohnentwicklung. Vielmehr weisen sie daraufhin, dass Leistungsbilanzüberschüsse, insbesondere in Deutschland, aber auch in anderen Überschussländern, nur durch eine besondere Lohnzurückhaltung möglich waren:

„In Deutschland lagen die Lohnstückkosten 2008 sogar auf einem niedrigeren Niveau als 2001, während im selben Zeitraum die Lohnstückkosten in Spanien um 27,8% angestiegen waren. Legt man ein zweiprozentiges jährliches Wachstumsziel der Lohnstückkosten [...] zugrunde, dann unterschritt Deutschland dieses Ziel (+16% zwischen 2001 und 2008) deutlicher als die südeuropäischen Länder es in den Vorkrisenjahren überschritten. [...] Deutschland setzte eine stark zurückhaltende Lohnpolitik durch, während die Peripherie der Eurozone wirtschaftlich expandierte - und trug dadurch maßgeblich zur Entstehung der makroökonomischen Ungleichgewichte bei.“⁶¹

Heimberger (2014) resümiert, dass die Fokussierung von Europäischer Kommission und Troika, die Entwicklung von Lohnstückkosten und Inflation in der Peripherie der Eurozone isoliert zu betrachten, wenig sinnvoll erscheint um die Entstehung von Ungleichgewichten im Euroraum zu erklären. Vielmehr verursachte die Politik der inneren Abwertung in den Peripherieländern im Zuge der Krise besonders negative Effekte auf Wachstum und Beschäftigung, bedingt durch die Schwächung der automatischen Stabilisatoren.⁶²

⁶⁰ Vgl. Heimberger 2014, S. 236f.

⁶¹ Heimberger 2014, S. 238

⁶² Vgl. ebd., S. 244

„Die Arbeitslosenrate stieg in den südeuropäischen Ländern zwischen 2010 und 2013 stark an: in Griechenland von 12,6% auf 27,3%; in Spanien von 20,1% auf 27,3%; in Italien von 8,4% auf 12,2%; und in Portugal von 12% auf 16,5%. [...] Jene Länder, welche die schärfste Austeritätspolitik durchsetzten, verzeichneten – wie Blanchard und Leigh (2013) zeigten – auch den größten Rückgang der Wirtschaftsleistung.“⁶³

3.2.6 Der EU-Fiskalpakt

Vor allem Deutschland erachtete es als unumgänglich, strengere haushaltspolitische Vorgaben im Euro-Regelwerk zu implementieren, um die Stabilität der Eurozone wiederherzustellen. Dem eigenen Vorbild entsprechend schlug der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble vor, die Schuldengebarung der Euro-Staaten in Form eines Fiskalpakts verbindlich festzuschreiben. Auf dem Treffen der Staats- und Regierungschefs vom 8./9. Dezember 2011 erörterte die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel erstmals die Pläne eines Fiskalpakts zur Errichtung einer Stabilitäts- und Fiskalunion.⁶⁴

Alle Staats- und Regierungschefs der Eurostaaten befürworteten den vorgeschlagenen Fiskalpakt und erklärten sich auf dem Sondergipfel am 30. Jänner 2012 bereit, einer Abänderung des EU-Vertragswerks zuzustimmen. Mit dem „Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion“ gelang es Deutschland, auf das vorrangige Ziel ausgeglichener Staatshaushalte durch eine stärkere fiskalpolitische Koordination Einfluss zu nehmen:

„Mit diesem Vertrag vereinbaren die Vertragsparteien als Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die wirtschaftliche Säule der Wirtschafts- und Währungsunion durch Verabschiedung einer Reihe von Regeln zu stärken, mit denen über einen Fiskalpakt die

⁶³ Heimberger 2014, S. 244

⁶⁴ Vgl. Illing 2013, S. 97f.

Haushaltsdisziplin gefördert, die Koordinierung der Wirtschaftspolitik verstärkt und die Steuerung des Euro-Währungsgebiets verbessert werden soll, wodurch zur Verwirklichung der von der Europäischen Union verfolgten Ziele für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung beigetragen wird.“⁶⁵

3.2.6.1 Die Anwendung des Fiskalpakts

Nach Einschätzung des Ökonomen Stephan Schulmeister übernahm die EU mit dem Fiskalpakt wesentliche Forderungen der ideologischen Hauptgegner des Europäischen Sozialmodells, der „Schule von Chicago“:

„Erstens: Der Pakt bindet die Fiskalpolitik noch enger an Regeln. Zweitens: Die Europäische Kommission (EK) schätzt das „strukturelle Defizit“ mit Hilfe des Konzepts der „natürlichen Arbeitslosenrate“ – sie ist jene, die nötig sei, damit sich der Lohnanstieg nicht erhöht (NAWRU). Drittens: Es wird unterstellt, dass Sparpolitik keine negativen Folgen für Produktion und Beschäftigung hat. Viertens: Das Staatsdefizit soll durch „Strukturenreformen“ verringert werden – eine Umschreibung für den weiteren Abbau des Sozialstaats und des Arbeitnehmerschutzes.“⁶⁶

Das ökonomisch an sich richtige Ziel einer Eindämmung zu hoher Staatsschulden soll durch den Fiskalpakt durch zwei Regeln erreicht werden:

- Jeder Vertragsstaat darf nur mehr ein strukturelles (konjunkturbereinigtes) Defizit von maximal 0,5% des BIP aufweisen (Defizitregel).
- Jedes Jahr muss die Staatsschuld um ein Zwanzigstel der Differenz zwischen der aktuellen Schuldenquote und dem Zielwert von 60% reduziert werden (Schuldenregel).

⁶⁵ Illing, S. 98

⁶⁶ Schulmeister 2014

Stellt die EU-Kommission bei einem Vertragsstaat eine nachhaltige Verletzung dieser Regeln fest, wird dieser automatisch sanktioniert.⁶⁷

Der strukturelle Budgetsaldo ergibt sich aus dem tatsächlichen Saldo nach Abzug der so genannten „Konjunkturkomponente“. Das ist jener Teil des Saldos, der durch die Abweichung des realisierten BIP vom Potentialoutput verursacht ist. Zusätzlich werden auch Einmaleffekte in Abzug gebracht. Die Differenz, angegeben in Prozent des Potenzialoutput, stellt die „Output-Lücke“ dar. Die Konjunkturkomponente wird in diesem Konzept von der Europäischen Kommission auf etwa 50 Prozent der jeweiligen Outputlücke geschätzt.⁶⁸

Für die Produktion verfügbar wird jene Arbeitsmenge angesehen, welche der natürlichen Arbeitslosenrate entspricht und nötig ist, damit sich der Lohnanstieg nicht erhöht. Liegt die strukturelle Arbeitslosenquote etwa bei 10 Prozent, so können nur 90 Prozent der Arbeitskräfte verwendet werden. Dieser Logik folgend, dass jede sich verfestigende Arbeitslosigkeit strukturell bedingt sein muss, wird die natürliche Arbeitslosenquote als Trend der tatsächlichen Arbeitslosenquote geschätzt.

Wenn nun bspw. eine Finanzkrise eine Rezession verursacht, ist nach Schulmeister durch die Anwendung des Fiskalpakts folgender „Teufelskreis“ vorprogrammiert:⁶⁹

- Schritt 1: Das BIP schrumpft, Budgetdefizit und Arbeitslosigkeit steigen.
- Schritt 2: Die gestiegene Arbeitslosigkeit wird als „natürlich“ oder „strukturell“ interpretiert, damit sinkt der Potentialoutput, die Outputlücke bleibt klein.
- Schritt 3: Das durch die Rezession erlittene Defizit wird als „strukturelles“ Defizit uminterpretiert, es muss gespart werden.
- Schritt 4: Die Sparpolitik dämpft das BIP > gehe zu Schritt 1.

⁶⁷ Vgl. Schulmeister 2014

⁶⁸ Vgl. ebd.

⁶⁹ Ebd.

3.2.6.2 Die Folgen des Fiskalpakts am Beispiel Spaniens

Entwicklung von Produktion, Arbeitslosigkeit und Staatsfinanzen in Spanien

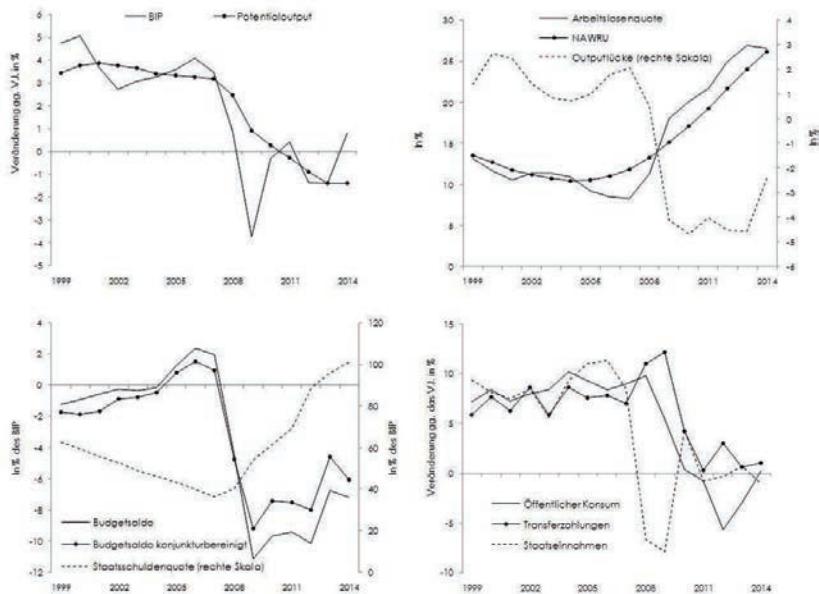


Abbildung 4: Entwicklung von Produktion, Arbeitslosigkeit und Staatsfinanzen in Spanien, Quelle: Schulmeister.

Abbildung 4 zeigt die tatsächliche Entwicklung von Produktion und Arbeitslosigkeit in Spanien und die Schätzwerte von natürlicher Arbeitslosenquote, Potentialoutput, Outputlücke und konjunkturbereinigtem Budgetsaldo. Alle Daten stammen aus der Prognose der EU-Kommission vom Winter 2013. An diesem Beispiel lassen sich das Schätzverfahren der Kommission und die wirtschaftspolitischen Konsequenzen seiner Ergebnisse verdeutlichen:

„Bei hohem und stabilem Wirtschaftswachstum zwischen 1999 und 2007 dreht sich der Budgetsaldo in einen Überschuss und die Staatsschuldenquote sinkt auf 40%. Danach stürzen die

Finanzmarktkrise und das Platzen der Immobilienblase die spanische Wirtschaft in eine schwere Krise: Die Arbeitslosenquote steigt zwischen 2007 und 2009 von 8,3% auf 18,0% an und dies lässt auch die NAWRU auf 15,1% steigen. Es werden daher nur mehr etwa 85% der Arbeitskräfte („labour force“) als für die Produktion verfügbar angesehen (15% sind – plötzlich – strukturell arbeitslos): Trotz einer Arbeitslosigkeit von fast 20% schätzt die EK die Outputlücke für 2009 daher auf lediglich 4,1%. Dies bedeutet wiederum, dass nur 2 BIP-Prozentpunkte des tatsächlichen, vom Staat als Folge der Finanz- und Immobilienkrise „erlittenen“ Defizits in Höhe von 11,2% des BIP als konjunkturbedingt angesehen bzw. akzeptiert werden.“⁷⁰

In der Folge sinkt der öffentliche Konsum drastisch. Die Transferzahlungen stagnieren, obwohl die Zahl der Arbeitslosen auf mehr als das Doppelte gestiegen ist. Die Folge ist ein neuerliches Schrumpfen der spanischen Wirtschaft in den Jahren 2012 und 2013. Die Arbeitslosigkeit steigt auf 26,9% und der NAWRU auf 24,0%, die Outputlücke verharrt daher bei 4,5% des BIP.

Da der größte Teil der tatsächlichen Arbeitslosigkeit als strukturell bedingt interpretiert wird, wird auch der größte Teil des Budgetdefizits als strukturell angesehen: Der Anstieg der NAWRU lässt den Potentialoutput schrumpfen und damit erscheint das Budgetdefizit überwiegend strukturell bedingt. Daher wird weiter gespart. Die steigende Arbeitslosigkeit und eine schrumpfende Wirtschaft lassen die Staatsschuldenquote Spaniens weiter steigen. Zwischen 2009 und 2014 hat sie sich damit von 53,9 auf 101,0 Prozent knapp verdoppelt. Im gleichen Zeitraum kann das strukturelle Defizit von 9,2% auf 6,1% nicht einmal halbiert werden.⁷¹

Dieser Teufelskreis hat schon in der jüngeren Vergangenheit die wirtschaftliche Entwicklung massiv beeinträchtigt. So wiesen laut Schulmeister 24 der 28 EU-Länder im Jahr 2012 ein konjunkturbereinigtes Defizit von mehr als 0,5% des BIP auf, im Durchschnitt aller EU-Länder lag es bei 3,7%. Es haben daher nahezu alle

⁷⁰ Schulmeister 2014

⁷¹ Vgl. ebd.

Länder gleichzeitig ihre Konsolidierungsmaßnahmen intensiviert, die negativen Rückkoppelungseffekte verstärkten sich wechselseitig und ließen die meisten EU-Länder neuerlich in eine Rezession schlittern.

Solche Effekte sind laut Schulmeister im Verfahren der EK zur Schätzung struktureller Defizite nicht vorgesehen. Dieses impliziert vielmehr, dass *„Konsolidierungsmaßnahmen keinen dämpfenden Effekt auf die Gesamtwirtschaft haben“*.⁷² Im Gegensatz dazu betont sogar der Internationale Währungsfonds die Bedeutung negativer Multiplikatoreffekte und stellt fest, dass deren Höhe früher unterschätzt worden sei. Tatsächlich läge der Fiskalmultiplikator nicht - wie zumeist angenommen - bei 0,5, sondern zwischen 0,9 und 1,7, womit eine Sparmaßnahme im Ausmaß von 1 Mrd. Euro das BIP in einem Ausmaß zwischen 0,9 Mrd. und 1,7 Mrd. Euro dämpft. Dies ist laut Schulmeister nur ein Beispiel dafür, dass *„die Allgemeine Luftschlosstheorie und die daraus abgeleitete Navigationskarte im Ganzen irreparabel falsch sind.“*⁷³

Abbildung 5 zeigt, dass zwischen 2007 und 2013 die Staatsschuldenquote genau in jenen Ländern am stärksten anstieg, welche nach Ausbruch der Finanzkrise den radikalsten Sparkurs verfolgten: In Griechenland betrug der Anstieg trotz eines Schuldenschnitts 68 BIP-Prozentpunkte, in Portugal 61, in Spanien 56 und in Großbritannien 55 BIP-Prozentpunkte.⁷⁴

⁷² Vgl. Schulmeister 2014

⁷³ Vgl. ebd.

⁷⁴ Vgl. ebd.

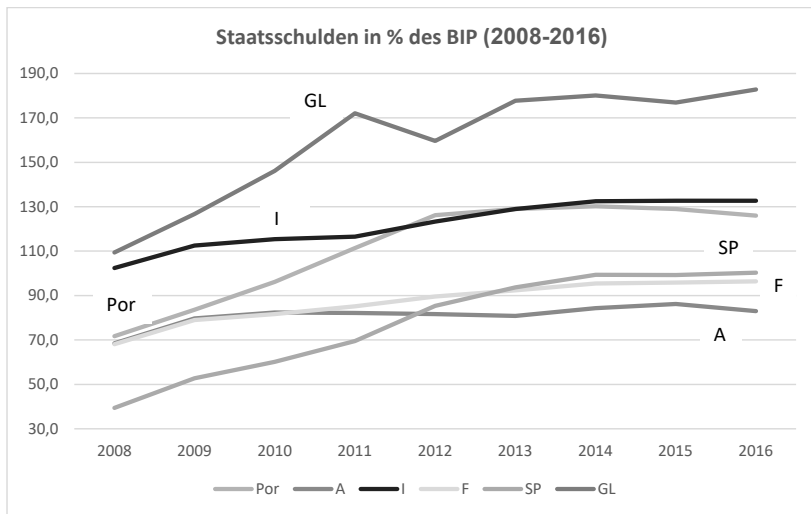


Abbildung 5: Staatsschulden in Prozent des BIP, Quelle: Europäische Kommission.

3.3 Die Folgen der europäischen Austeritätspolitik

Die österreichische Ökonomin Brigitte Unger merkt im Zusammenhang mit der aktuellen europäischen Austeritätspolitik an, dass in der Europäischen Union bereits mit dem Binnenmarktprogramm 1985, als auch mit dem Maastricht-Vertrag von 1992, dem Stabilitäts- und Wachstumspakt von Dublin 1997 und dem Amsterdam-Vertrag von 1997, markante Meilensteine in Richtung einer neoliberalen Wirtschaftspolitik beschritten wurden.⁷⁵

Der Maastricht-Vertrag sah die Einführung einer gemeinsamen Währung bis 1999 vor und definierte die Konvergenzkriterien als Bedingung für eine Teilnahme an der Währungsunion. Die Verträge von Dublin und Amsterdam forderten von den Euro-Ländern ein mittelfristiges Nulldefizit, womit die EU in den vergangenen Jahren einen neoliberalen Sparkurs steuerte, der im Durchschnitt ausgeglichene Finanzen (Nulldefizit) verlangte. Unger stellt dazu fest, dass während der Finanzkrise kein einziges EU-Land die Kriterien dieser Verträge erfüllt habe.⁷⁶

3.3.1 Die Folgen der europäischen Austeritätspolitik am Beispiel Griechenland

In einem Interview im Deutschlandfunk (DLF) am 16. Februar 2015 zeigte sich der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble skeptisch, was die Lösung der griechischen Schuldenkrise betrifft.

„[...] Griechenland [fährt] einen Weg [...], der allmählich dazu führt, dass Griechenland auch wieder eine wettbewerbsfähige Wirtschaft hat. Das war auch auf gutem Weg. [...] Es geht darum, dass man auf dem Weg, der in den letzten Jahren [...] dazu geführt hat, dass die Arbeitslosigkeit in Griechenland zurückgeht, dass sie wieder erfolgreich wirtschaften [...], dass sie dabei waren, in die richtige

⁷⁵ Vgl. Unger 2010, S. 18

⁷⁶ Vgl. ebd.

Richtung sich zu bewegen. Wenn dieser Weg fortgesetzt wird, dann werden sie Erfolg haben [...]“

3.3.1.1 Ein Faktencheck

In der Realität sah Griechenlands Zustand zum Zeitpunkt des Interviews allerdings vollkommen anders aus, als Wolfgang Schäuble ihn beschreibt. Die Wirtschaft des Landes entwickelte sich in den Jahren von 2005 bis 2008 durchaus gut gemessen am Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts. Es konnte in diesem Zeitraum mit der Dynamik des deutschen BIP mithalten (vgl. *Abbildung 6*). Mit Einsetzen der globalen Finanzkrise brach die Wirtschaftskraft zwar ein, dennoch ging es in Griechenland zunächst kaum schneller bergab als in Deutschland.⁷⁷

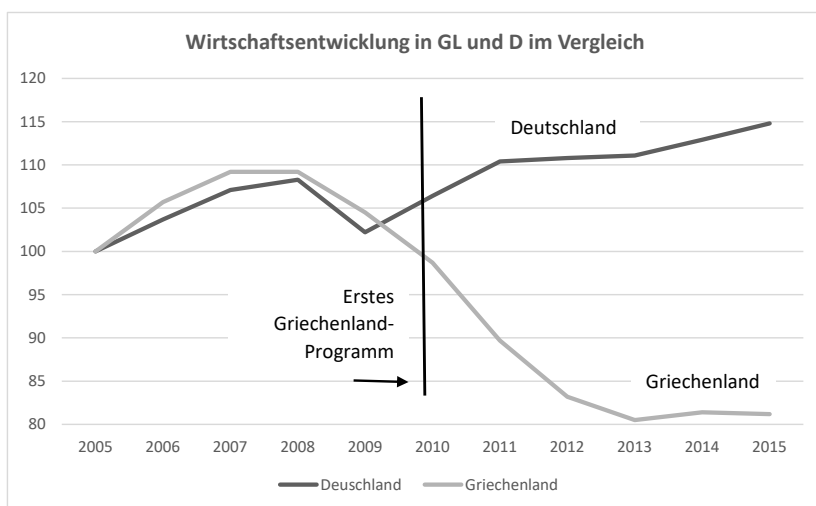


Abbildung 6: Wirtschaftsentwicklung in Griechenland und Deutschland seit 2005, Quelle: Flassbeck.

Deutschland schaffte im Frühjahr 2009 eine schnelle konjunkturelle Wende, weil die Gesamtnachfrage durch eine Vielzahl von anregenden Maßnahmen des

⁷⁷ Vgl. Flassbeck 2015a

Staates (unter anderem durch eine Abwrackprämie für Personenkraftwagen) gestützt wurde. Griechenland hingegen, das bereits ein höheres staatliches Defizit, höhere öffentliche Schulden und große Leistungsbilanzdefizite aufwies, geriet tiefer in den Strudel der Krise. Der Staat steuerte anders als in Österreich oder Deutschland nicht mit Konjunkturprogrammen entgegen, wodurch die griechische Wirtschaftsleistung immer weiter zurückfiel. Im Frühjahr 2010 hatte Griechenland 10 Prozent seines gesamtwirtschaftlichen Einkommens gemessen am Vorkrisenniveau verloren und sah sich von den Kapitalmärkten durch extrem hohe Zinssätze abgeschnitten. Der Mangel an internationaler Wettbewerbsfähigkeit war offen zutage getreten und die hohen Auslandsschulden in Verbindung mit der starken Rezession senkten die Kreditwürdigkeit der privaten Schuldner wie der öffentlichen Hand.⁷⁸

3.3.1.2 Die „Rettung“ Griechenlands durch die Troika

Im Mai 2010 wurde Griechenland zum ersten Mal Geld zur Verfügung gestellt, damit seine Zahlungsfähigkeit erhalten werden konnte. Von Mai 2010 bis Ende 2013 sanken die gesamtwirtschaftliche Produktion und das Einkommen real zusätzlich um fast 20 Prozentpunkte.

Wenn man die BIP-Daten Deutschlands seit Beginn der Europäischen Währungsunion (EWU) mit denen Griechenlands vergleicht (vgl. *Abbildung 6*), kommt ein noch verheerenderes Bild einer „Rettung“ zum Vorschein. Zunächst war Griechenland in den 2000er Jahren bezüglich Wirtschaftswachstum sehr erfolgreich. Seit Beginn der Kredithilfen ist das griechische BIP allerdings um ca. 30 Prozentpunkte gesunken - ein Rückgang wie in den USA in der Großen Depression der 1930er-Jahre.⁷⁹

Auch im Vergleich mit den anderen Krisenländern in Südeuropa ist der griechische Einbruch gewaltig (vgl. *Abbildung 7*). Spaniens Wirtschaft, die auf einem ähnlich

⁷⁸ Vgl. Flassbeck 2015a

⁷⁹ Vgl. ebd.

hohen Niveau wie Griechenland vor der Krise war, brach um lediglich 10 Prozent ein. Auch Italien und Portugal verloren – allerdings von sehr niedrigen Niveaus aus – sehr viel weniger als Griechenland.⁸⁰

Seit sich Griechenland 2010 unter den Schutzschirm der europäischen Partner begab, wurden sechs Sparpakete und unzählige Reformen durchgeführt. Maßnahmen wie etwa die Streichung des Urlaubs und Weihnachtsgeldes oder Kürzungen bei den Pensionen bedeuteten für die Betroffenen drastische Einschnitte.

Der Ökonom Sepp Zuckerstätter spricht wörtlich von einer „*wirtschaftlichen Erfolglosigkeit der Troika-Reformen*“, die sich deutlich zeigt, wenn man die erzielten Resultate mit den Erwartungen vergleicht, welche die Kommission in ihren Wirtschaftsprognosen im Vorfeld veröffentlichte.⁸¹

- Im Mai 2010 hoffte man noch, 2011 mit 4% Verlust an realem BIP gegenüber 2009 aus der Krise zu kommen.
- Im November 2010 rechnete man schon mit einem Minus von 7% für 2011. Und dies setzte sich von Jahr zu Jahr fort.
- 2013 glaubte man, dass die Talsohle mit gut 20% Verlust an Wirtschaftsleistung erreicht wäre.
- *Abbildung 7* zeigt die Entwicklung des realen BIP im Vergleich zu 2009, anhand der zu den jeweiligen Zeitpunkten erstellten Prognosen. Die Prognose vom Mai 2015 enthält für die Jahre bis 2013 tatsächliche und für 2014 vorläufige Werte.

⁸⁰ Vgl. Flassbeck 2015a

⁸¹ Vgl. Zuckerstätter 2015

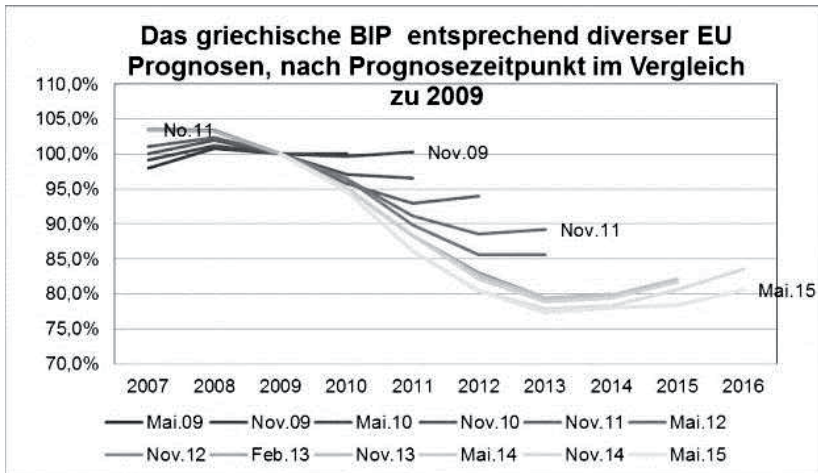


Abbildung 7: Das griechische BIP in verschiedenen EU-Prognosen. Quelle: Zuckerstätter.

Diese Abweichungen unterscheiden sich nach Zuckerstätter von normalen Prognosefehlern in zweierlei Hinsicht:

„Erstens waren die Erwartungen der Kommission an die neoliberale Reformpolitik immer zu optimistisch und nie zu negativ, und zweitens entspricht das Muster der Prognosefehler nicht dem üblichen Bild. Häufig beharren Prognosen zu lange auf einer Trendfortschreibung während sich die Entwicklung bereits dreht. Im Falle Griechenlands wurde hingegen dauernd eine Wende prognostiziert während der Trend stets weiter nach unten ging.“⁸²

⁸² Zuckerstätter 2015

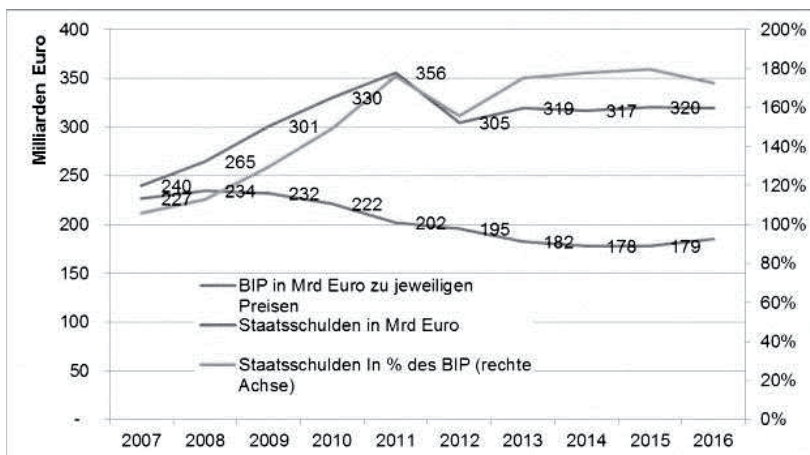


Abbildung 8: Die griechische Volkswirtschaft 2007-2016. Quelle: Zuckerstätter.

Abbildung 8 zeigt entgegen der weit verbreiteten Meinung, dass die griechischen Staatschulden seit 2012, also nach dem Schuldenschnitt, gemessen in Euro kaum mehr gestiegen sind. Die Hilfspakete wurden überwiegend dazu verwendet, um frühere Gläubiger (vor allem europäische Banken) auszuzahlen und die Banken zu sanieren, nicht um neue Ausgaben für Soziales oder Ähnliches in Griechenland zu finanzieren. Die Situation hat sich allerdings gemessen am nominellen BIP kaum gebessert, weil die griechische Wirtschaft unter den Sparauflagen massiv geschrumpft ist.⁸³

3.3.2 Die Folgen der europäischen Austeritätspolitik am Beispiel Spanien

3.3.2.1 Der europäische Musterschüler und die Immobilienblase

Im Jahr 2007, also am Vorabend der Finanzkrise, konnte Spanien in nahezu allen finanzpolitischen Kennzahlen bessere Werte vorweisen als Deutschland, Frankreich oder Großbritannien. Spanien hatte bspw. ein höheres

⁸³ Vgl. Zuckerstätter 2015

Wirtschaftswachstum, einen höheren Haushaltsüberschuss und eine niedrigere Staatsverschuldung.⁸⁴

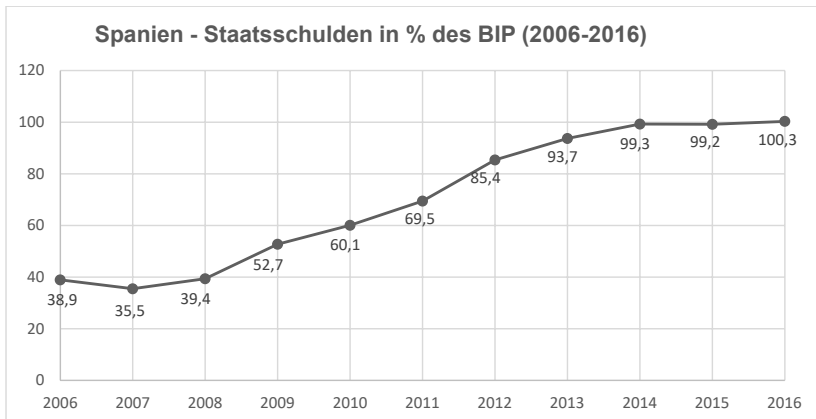


Abbildung 9: Spaniens Staatsverschuldung im Verhältnis zum BIP. Quelle: WKO.

Abbildung 9 zeigt, dass auch in Spanien die öffentliche Verschuldung erst als Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09 deutlich anstieg. Ein Mix aus staatlichen Unterstützungsmaßnahmen für das Finanz- und Bankensystem, konjunkturstabilisierende Maßnahmen und Einnahmenausfälle durch ein geringeres Steueraufkommen ließen das Budgetdefizit anwachsen und als Folge die öffentlichen Schulden steigen. Spanien hatte allerdings in den Jahren vor der Krise geradezu als Musterschüler der Europäischen Union gegolten und im Sinne des Stabilitäts- und Wachstumspaktes gewirtschaftet.

Seit der Euroeinführung im Jahr 2002 hatte Spanien – anders als Griechenland oder Portugal - seine Staatsschulden schrittweise abgebaut. Von 2005 bis 2007 erzielte Spanien sogar Budgetüberschüsse. Die Staatsschuldenquote Spaniens im Jahr 2007 lag mit 35,5 Prozent (siehe *Abbildung 9*) weit unter den Maastricht-Vorgaben von 60 Prozent des BIP und auch deutlich unter dem Durchschnitt der Euroländer (66 Prozent). Somit kann ausgeschlossen werden, dass die Krise

⁸⁴ Vgl. Berger 2012

Spaniens durch eine unverantwortliche Steigerung der Staatsausgaben ausgelöst wurde.⁸⁵

3.3.2.2 Die spanische Immobilienblase

Seit Mitte der 1990er-Jahre hatte der spanische Immobiliensektor einen wahren Boom erlebt. Überall im Land schossen kreditfinanzierte Neubauprojekte aus dem Boden, die Immobilienpreise stiegen rasant.⁸⁶

Schon vor Ausbruch der Krise im Jahr 2008 wurde aus diesem Immobilienboom eine Immobilienblase. Die Finanzkrise war daher nicht die Ursache, aber der Auslöser für das Platzen dieser Blase. Die Krise des Bausektors, der damals etwa 25 Prozent der spanischen Wirtschaftsleistung ausmachte, brachte die spanische Volkswirtschaft in eine schwere Problemlage. In den Krisenjahren 2008 und 2009 brach die Konjunktur ein und die sozialdemokratische Regierung Zapatero steuerte mit enormen finanziellen Mitteln gegen die Krise. Insgesamt wurden vier großangelegte Wirtschaftsprogramme in die Wege geleitet, um die schlimmsten Folgen der Wirtschaftskrise abzuwenden. Die Maßnahmen wirkten, die Arbeitslosigkeit stieg nur leicht an. Die Konjunktur rutschte zwar in eine Rezession, die sich aber im Vergleich zu anderen Staaten in Grenzen hielt.⁸⁷

Die EU-Kommission sah dies jedoch anders und leitete aufgrund des Budgetdefizits 2008 in Höhe von 4,5% und der Vorhersage eines weiteren Anstiegs für 2009 gegen Spanien ein Defizitverfahren ein. Es ermahnte die Regierung, die Konjunkturprogramme einzustellen und stattdessen den Staatshaushalt durch massive Sparanstrengungen zu sanieren.⁸⁸

Der Ökonom Günther Grunert bestätigt, dass die Ursachen für die spanische Wirtschaftskrise vielmehr *„in dem Auseinanderlaufen der internationalen*

⁸⁵ Vgl. Berger 2012

⁸⁶ Vgl. ebd.

⁸⁷ Vgl. Berger 2012

⁸⁸ Vgl. ebd.

Wettbewerbsfähigkeit im Euroraum, das sich in differierenden Zuwächsen der Lohnstückkosten und als Folge in Leistungsbilanzungleichgewichten zwischen den EWU-Staaten widerspiegelt“⁸⁹ lägen.

Während Deutschland mit einer von den Gewerkschaften immer wieder kritisierten Politik der starken Lohnzurückhaltung die anderen Euroländer niederkonkurrierte und hohe Leistungsbilanzüberschüsse erzielte, wies Spanien alljährlich entsprechende Defizite auf. Dieses Problem auseinanderklaffender Leistungsbilanzüberschüsse wurde von der EU-Wirtschaftspolitik lange Zeit sträflich vernachlässigt, obwohl es entscheidend zu der immensen Auslandsverschuldung Spaniens und auch anderer südeuropäischer Länder in diesen Jahren beitrug. Trotz dieser steigenden Leistungsbilanzdefizite stieg das spanische BIP bis zum Jahr 2007 mit verhältnismäßig hohen Raten weiter an. Grund dafür war die äußerst dynamische spanische Baukonjunktur, die durch ein sehr niedriges Zinsniveau stimuliert wurde und sich danach in kürzester Zeit zu einer enormen Immobilienblase auswuchs.⁹⁰

Das reale Zinsniveau war in Spanien als Folge der überdurchschnittlichen spanischen Lohnabschlüsse und der damit einhergehenden Preisentwicklung sehr niedrig. Dies ließ die Nachfrage nach Krediten im Allgemeinen und Immobilienkrediten im Besonderen stark ansteigen. Umgekehrt veranlasste die günstige nominale Lohnentwicklung die Banken zu einer lockeren Kreditvergabe an die privaten Haushalte.⁹¹

Grunert sieht die Gründe für die spanische Immobilienblase in einer im Zuge der Finanzmarktliberalisierung gewachsenen Risikobereitschaft bzw. Verantwortungslosigkeit der Banken und einer laxen nationalen Bankenaufsicht. Gesteigert wurde die spekulative Blasenbildung noch durch massive Finanzströme

⁸⁹ Grunert 2013a, S. 31

⁹⁰ Vgl. ebd.

⁹¹ Vgl. Grunert 2013a, S. 31

nach Spanien, ausgelöst durch hohe Renditeerwartungen einer grenzüberschreitenden Kreditvergabe. Es waren besonders deutsche Banken, die den Immobilienboom von jährlich etwa 800.000 Wohneinheiten in Spanien anheizten. Die Entwicklung wurde angetrieben durch jährliche Preissteigerungen von 12 Prozent bei diesen Wohnimmobilien.⁹²

3.3.2.3 Die Hypothese effizienter Märkte

Nach der Hypothese effizienter Märkte („effective market hypothesis“) tendieren Märkte aufgrund der Widerspiegelung aller Informationen und einer stets richtigen Bewertung zu absoluter Effizienz, weshalb der Immobilienboom und die hohen Leistungsbilanzdefizite als unproblematisch betrachtet wurden. Der Wirtschaftsjournalist Stefan Bergheim prophezeite Spanien sogar nachhaltig Erfolge. Für Bergheim war gerade die Liberalisierung des Arbeitsmarktes (Lockerung des Kündigungsschutzes, verschärfte Kriterien für den Erhalt der Arbeitslosenunterstützung, etc.) einer der Erfolgsfaktoren, die zum Rückgang der Arbeitslosenrate geführt haben.⁹³

Diese Sichtweise entsprach nach Grunert keinesfalls der ökonomischen Realität. Die inländische Nachfrage brach mit dem Ausbruch der Immobilienbase in den Jahren 2007/2008 ein. Die Leistungsbilanzdefizite verringerten die Nachfrage und Produktion zusätzlich und die Banken blieben auf ihren vielen Krediten für den Wohnungsbau sitzen.⁹⁴

Abbildung 9 hatte gezeigt, dass erst die Austeritätspolitik ab dem Sommer 2009 die spanische Wirtschaftskrise dramatisch verschärfte. Seither stieg die Arbeitslosigkeit ungebremsst von etwas mehr als zwei Millionen auf fast fünf Millionen (2014) an, womit die Arbeitslosenrate bei 26 Prozent lag. Die Hauspreise sanken massiv. Die Zahl der Spanier, die ihre Kredite nicht mehr bedienen konnten, stieg kräftig an. Die ernsthaften Probleme der spanischen Banken

⁹² Vgl. Grunert 2013, S. 31

⁹³ Vgl. Bergheim 2007, S. 2

⁹⁴ Vgl. Grunert 2013a, S. 32

wurden durch Kapitalflucht vor allem zu deutschen Banken noch verschärft. Das bedeutete für diese Banken einen Bedarf nach weiteren Krediten von der Europäischen Zentralbank, um nicht zahlungsunfähig zu werden.

Ende Juni 2012 stellten die europäischen Staats- und Regierungschefs auf ihrem Gipfeltreffen bis zu 100 Milliarden Euro an Krediten bereit, damit die kriselnden spanischen Banken rekapitalisiert werden konnten. Dies bedeutete eine echte Premiere, weil die Euroländer erstmals nicht ein ganzes Land unter den Rettungsschirm nahmen, sondern nur die angeschlagenen Banken eines Staates.

Grunert schloss daraus, dass die staatlichen Budgetdefizite und der rasche Anstieg der Staatsschuldenquote ...

„... eindeutig die Folge, nicht aber die Ursache der Krise sind. Die tatsächliche Ursache liegt in den Unterschieden der relativen Wettbewerbsfähigkeit der Euroländer, die sich seit Beginn der Währungsunion herausgebildet haben und die – mangels der Möglichkeit, die Währungen anzupassen – zu immensen Leistungsbilanzungleichgewichten im Euroraum führten.“⁹⁵

3.3.2.4 Die Arbeitslosigkeit steigt

Die auf das Platzen der Immobilienblase folgende Rezession in Spanien hatte verheerende Auswirkungen für den Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenrate stieg auf mehr als 26 Prozent und lag im August 2014 bei 24,5 Prozent (*Abbildung 10*).

⁹⁵ Grunert 2013a, S. 30

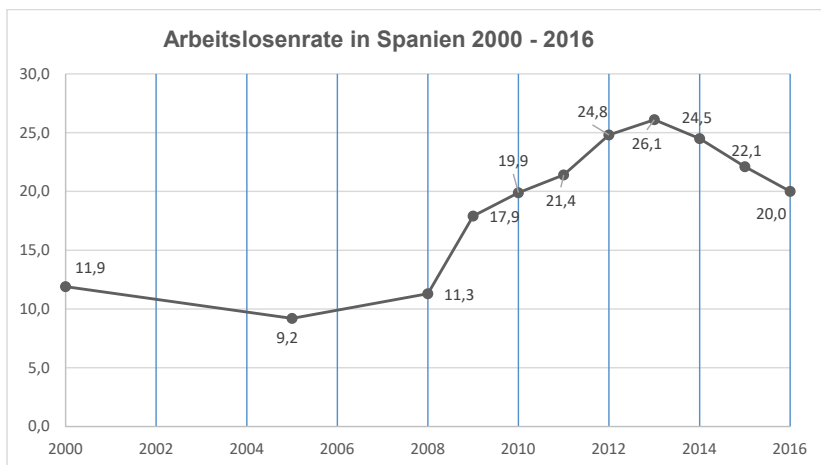


Abbildung 10: Arbeitslosigkeit in Spanien 2007-2016, Quelle: WKO.

Noch schlimmer entwickelte sich das Ausmaß der Jugendarbeitslosigkeit in Spanien, die im Juni 2014 bei etwa 50 Prozent lag (Abbildung 11).

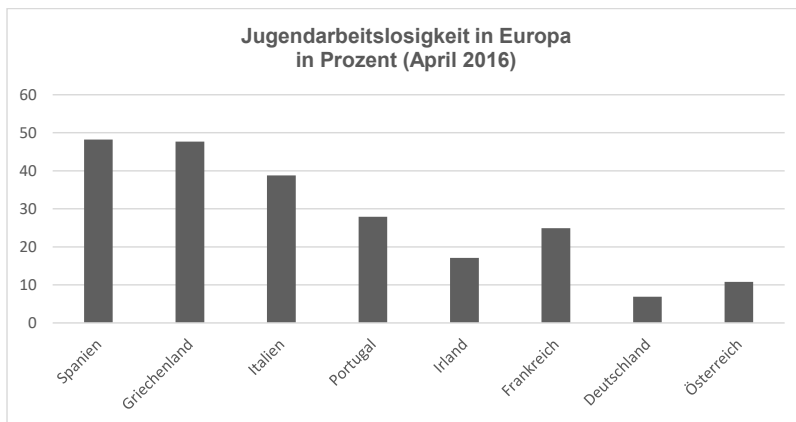


Abbildung 11: Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Quelle: WKO.

Grunert weist auf die verheerenden Langzeitfolgen einer derart hohen Jugendarbeitslosigkeit hin:

„Wird über die Hälfte der arbeitswilligen und –fähigen Jugend vom Erwerb von Qualifikationen, Fertigkeiten, Erfahrungen und Arbeitseinstellungen ausgeschlossen, so wächst eine Generation heran, von der sich ein Großteil zwischen instabilen, geringbezahlten Arbeitsverhältnissen und langen Phasen der Arbeitslosigkeit hin- und herbewegen oder aber die Flucht ins Ausland antreten wird. Die ersten sechs Monate des Jahres 2012, in denen die Zahl der 20-29-Jährigen gegenüber dem Vorjahr bereits um 4,3 Prozent gesunken ist (Financial Times Deutschland, 22.10.2012), bieten hier einen Vorgeschmack. Man kann sich kaum ein besseres Rezept vorstellen, die Zukunft eines Landes systematisch zu ruinieren.“⁹⁶

Grunert bezeichnet die Reaktion weiterer Teile der Politik auf diese dramatische Zuspitzung der Lage als „grotesk“, weil diese offenbar kein Problem damit hat, ein Land wie Spanien in eine Austeritätspolitik zu drängen, die mehr als der Hälfte der jungen Leute eine berufliche Ausbildung verwehrt.⁹⁷

Die Jugendarbeitslosigkeit hat sich in der Zwischenzeit auf dem extrem hohen Niveau von rund 50 Prozent stabilisiert. Eine Besserung der Lage der Jugend in Spanien ist aktuell nicht in Sicht, weil seit dem Zusammenbruch des Immobilienmarktes weder im Privatsektor noch in der öffentlichen Verwaltung neue Arbeitsplätze in größerem Umfang entstanden sind.

⁹⁶ Grunert 2013a, S. 33

⁹⁷ Vgl. Grunert 2013a, S. 34

3.3.2.5 Die Folgen der Austeritätspolitik in Spanien

Keinesfalls handelt es sich bei den wirtschaftlichen Problemen Spaniens im Zuge der Finanzkrise um eine Folge permanenter Leistungsbilanzdefizite. Der japanische Ökonom Richard C. Koo bezeichnet diese vielmehr als „*Bilanzrezession*“⁹⁸, die nach dem Platzen einer großen Blase eintritt. Im konkreten Fall Spaniens baute der Privatsektor über Jahre massiv Schulden auf, indem er mit geliehenen Mitteln vor allem Immobilien, aber auch andere Vermögenswerte kaufte, bis die Preisblase platzte und der Privatsektor bei sinkendem Vermögen schließlich auf einem Berg von Schulden sitzen blieb.⁹⁹

In der Folge begannen die privaten Haushalte und Unternehmen ihre Bilanzen zu sanieren, indem sie ihre Ersparnisse erhöhten oder Schulden zurückzahlten. Viele Wirtschaftsakteure waren trotz sinkender Zinsen danach nicht mehr bereit, ihre Kredite auszuweiten. Umgekehrt verliehen zahlreiche Banken kein Geld mehr an marode Kreditnehmer, schon gar nicht, wenn sie als Kreditgeber selbst von Bilanzschäden betroffen waren. Zwangsläufig musste sich in Spanien die aggregierte Nachfrage verringern und die Volkswirtschaft stürzte in eine Rezession.¹⁰⁰

Im Jahr 2011 lag das Budgetdefizit Spaniens bei 9,5 anstelle der vorgesehenen 6,0 Prozent (*Abbildung 12*). Auch die Zielmarke für 2012 von 4,4 Prozent erwies sich rasch als unrealistisch, sodass die EU-Kommission dem Land ein Defizit von 5,3 Prozent der Wirtschaftsleistung erlaubte. Dafür sollte das Defizit im Jahr 2013 keinesfalls über 3 Prozent liegen. Auch diese Zielsetzung ließ sich nicht halten. Und auch im Jahr 2014 lag das Budgetdefizit weit höher als von der EU prognostiziert.

⁹⁸ Vgl. Koo 2011

⁹⁹ Vgl. Grunert 2013a, S. 34

¹⁰⁰ Vgl. Grunert 2013a., S. 35

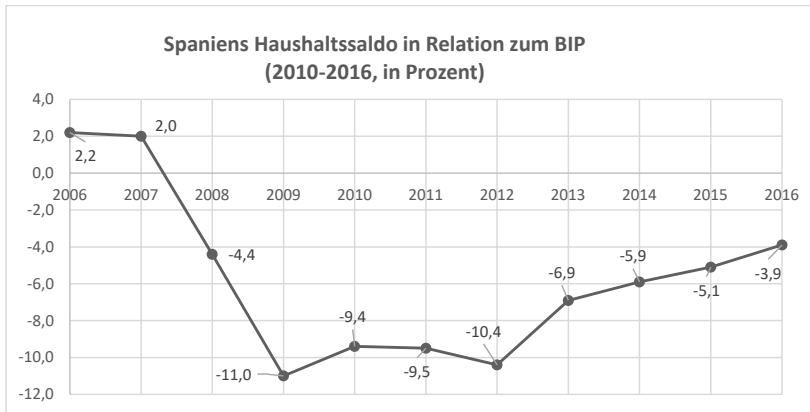


Abbildung 12: Spaniens Haushaltssaldo im Verhältnis zum BIP. Quelle: WKO.

Die Begründung für die stets steigenden Defizite ist simpel: Eine Bilanzrezession lässt sich nicht durch eine strenge Haushaltsdisziplin überwinden, sondern nur durch eine staatliche Stimulierung des Wachstums, die so lange aufrechterhalten werden muss, bis die Privaten ihre Bilanzen in Ordnung gebracht haben. Koo stellt dazu fest, ...

*“[...] that nothing is worse than fiscal consolidation when a sick private sector is minimizing debt“.*¹⁰¹

Abhilfe schaffen könnte diesbezüglich laut Grunert die Einrichtung eines Europäischen Währungsfonds, einer Art Finanzierungsagentur der Euroländer, die durch die Ausgabe niedrig verzinsster Eurobonds Mittel aufnehmen und an die Eurostaaten weiterreichen könnte.¹⁰²

Durch von den Euroländern garantierte Eurobonds ließen sich Zinsdifferenzen beseitigen, wovon vor allem die Krisenländer profitieren würden. Eine alternative Möglichkeit zur Lösung des Zinsproblems war die Ankündigung der Europäischen

¹⁰¹ Koo 2011

¹⁰² Vgl. Grunert 2013b, S. 23

Zentralbank vom 6. September 2012, als ihr Chef Mario Draghi öffentlich bestätigte, im Bedarfsfall unbegrenzt Staatsanleihen der Euro-Krisenländer aufzukaufen. Allerdings ist diese Intervention durch die EZB an die Akzeptanz empfindlicher Spar- und Reformmaßnahmen gekoppelt. Die Zentralbank geht davon aus, dass sich Staatshaushalte inmitten einer Rezession durch gesteigerte Sparanstrengungen sanieren lassen. Nach Grunert würde eine solche „*Reformpolitik*“ die Staatshaushalte nur tiefer in die Krise treiben. Aus diesem Grund scheint es nur allzu verständlich, dass Spanien bislang keinen neuen Antrag auf Hilfen aus dem ESM-Rettungsfonds stellte. Grunert bezeichnet diese Politik als „*absurd*“: Die EZB bietet ihre Hilfe an unter der Bedingung, dass das Wachstum geschwächt wird, anstelle das dringend erforderliche Wachstum in den Krisenländern zu fördern.¹⁰³

Grunert resümiert abschließend die Richtigkeit der Ankündigung der EZB, notfalls unbegrenzt Staatsanleihen angeschlagener Eurostaaten zu kaufen, die sich seither schon alleine in dem unmittelbar folgenden Rückgang der Anleiherenditen zeigte. Probleme entstanden in den betroffenen Ländern erst dadurch, dass sich die beantragenden Krisenländer weiteren Restriktionsauflagen unterwerfen mussten, welche die positiven Effekte niedrigerer Zinssätze durch die negativen Auswirkungen auf die verschärfte Austeritätspolitik aufwogen.¹⁰⁴

Darüber hinaus wäre es in der gegenwärtigen Lage Spaniens nötig, auf jeglichen staatlichen Defizitabbau zu verzichten, um den notwendigen Schuldenabbau im Privatsektor voranzutreiben. Längerfristig wäre außerdem eine Verbesserung der Leistungsbilanz Spaniens erforderlich, um eine Entschuldung des privaten Sektors und des Staates zu erlauben. Nur ein solcher Einnahmenüberschuss gegenüber dem Ausland würde Spanien und den anderen Krisenländern die Möglichkeit geben, seine hohe Auslandsverschuldung abzubauen. Umgekehrt müssten Deutschland, Österreich und andere Länder mit einem Leistungsbilanzüberschuss gegenüber ihren europäischen Handelspartnern Defizite im Außenhandel

¹⁰³ Vgl. Grunert 2013b, S. 23

¹⁰⁴ Vgl. ebd., S. 26

zulassen, wenn ein realer Schuldenabbau stattfinden soll, bei dem die Gläubigerländer zumindest einen Teil der Schulden des Auslands zurückerhalten.¹⁰⁵

Keinesfalls darf eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und damit der Leistungsbilanz Spaniens durch eine allgemeine Lohnsenkung erfolgen. Sinkende Löhne würden viele Arbeitnehmer noch weniger als bisher in die Lage versetzen, ihre privaten Schulden zurückzuzahlen. Die Steuereinnahmen des Staates würden weiter sinken, die Sozialausgaben weiter ansteigen.¹⁰⁶

Als weitere Lösungsstrategie für die Eurokrise schlägt Grunert vor, die Lohnstückkostenpfade im Euroraum in einem Prozess der EWU-weit koordinierten Lohnpolitik umzukehren. Das würde bedeuten, dass die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten Spaniens und der anderen Defizitländer relativ zu denen der Überschussländer solange langsamer wachsen, bis sich die Lohnstückkostenniveaus wieder ausgeglichen haben:

„Deutschland müsste vom Inflationsziel der EZB nach oben abweichen (statt 2% ungefähr 3% Preissteigerung tolerieren), die Krisenländer nach unten (1% statt 2%). Die Wettbewerbsfähigkeit der Länder mit Auslandsschulden könnte so allmählich wiederhergestellt werden, so dass die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte beseitigt würden.“¹⁰⁷

Sowohl Grunert als auch Flassbeck sehen bei einer Fortführung der bisherigen Wirtschaftspolitik keine Zukunft für die EU. Was aus ihrer Sicht bleibt, ist die vage Hoffnung auf eine Änderung des europäischen Austeritätskurses.

¹⁰⁵ Vgl. Grunert 2013b, S. 27

¹⁰⁶ Vgl. ebd.

¹⁰⁷ Vgl. ebd.

4 Alternativen zur europäischen Austeritätspolitik seit dem Jahr 2010

4.1 Die Charakteristik der Krise in Europa

Einer Analyse der Ökonomen Varoufakis, Holland und Galbraith zufolge leidet die Eurozone nicht an einer einzigen, sondern gleich an vier Krisen: der Bankenkrise, der Krise der Staatsschulden, dem Rückgang der Investitionen und einer sozialen Krise:

„Diese vier miteinander verbundenen Krisen sind das Ergebnis von Fehlern in der Architektur der Eurozone, des Crashes von 2008 und natürlich auch einer Reihe unkluger Entscheidungen der politisch Verantwortlichen in Europa seit 2008.“¹⁰⁸

Sie fordern in ihrem Debattenbuch „Bescheidener Vorschlag zur Lösung der Eurokrise“ einen „europäischen New Deal“ in ähnlicher Form, wie ihn Franklin D. Roosevelt zur Stabilisierung des amerikanischen Sozialstaats nach dem Crash von 1929 umsetzte.

Der Zusammenbruch des amerikanischen Finanzsektors im Herbst 2008 wurde von den politisch Verantwortlichen in Europa in ihrem Ausmaß bedauerlicherweise schwer unterschätzt. Sie waren plötzlich mit einem Problem konfrontiert, das ihre Kollegen in den USA, Großbritannien und Japan nicht hatten: eine zur Krisenbewältigung völlig ungeeignete Architektur der Eurozone mit nationalen Regierungen ohne unterstützende Zentralbank, und einer gemeinsamen Zentralbank (EZB), die von den Ländern der Eurozone nicht unterstützt werden konnte, weil es keine gemeinsame Fiskalpolitik gab.¹⁰⁹

¹⁰⁸ Varoufakis, Holland und Galbraith 2015, S. 12

¹⁰⁹ Vgl. ebd., S. 14

Vor dem Hintergrund dieser irrationalen Architektur war es unmöglich, die Bankenkrise vernünftig zu bekämpfen. Die betroffenen Länder mussten die privaten Verluste der Banken auf die europäischen Steuerzahler abschieben, wodurch sie die öffentliche Verschuldung massiv erhöhten. Bis dahin gering verschuldete Länder wie Irland oder Spanien gerieten an den Rand des Staatsbankrotts, eine Entwicklung, die durch die Finanzmärkte zusätzlich befeuert wurde. Die als Folge des Anstiegs der Staatsschulden von der EU verordnete Sparpolitik führte den privaten Sektor in eine tiefe Rezession.

Der katastrophale Liquiditätseinbruch nach dem Crash 2008 setzte eine serielle Schuldenkrise in der Eurozone in Gang, die beginnend mit Griechenland auf Irland, Portugal und schließlich Spanien übergriff. Als Ursache machten Varoufakis, Holland und Galbraith das „Prinzip der perfekt getrennten Staatsschulden“ aus, auf dem die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) gegründet wurde:

„[...] die prinzipielle Übereinkunft, dass jeder einzelne Euro Schulden in der Eurozone ausschließlich die Sache des jeweiligen Landes ist (und deshalb für keinen einzigen Euro gleichzeitig zwei oder mehr Länder geradestehen müssen) [...] ist der Grund, warum es nach dem massiven Liquiditätseinbruch nach dem Crash von 2008 zu der Abfolge von Insolvenzen kam. In Verbindung mit dem Prinzip der perfekt getrennten Staatsschulden ‚sorgte‘ die durch den Crash verursachte Panik dafür, dass das am höchsten verschuldete Land (Griechenland) seine Staatsschulden nicht aus eigener Kraft rekaptalisieren konnte.“¹¹⁰

Weil in Folge der europäischen Austeritätspolitik die Investitionen fehlen, läuft die Eurozone langfristig Gefahr, dass die internationale Wettbewerbsfähigkeit verloren geht, was wiederum die Ungleichheiten

¹¹⁰ Varoufakis, Holland und Galbraith 2015, S. 16

innerhalb Europas, zwischen Überschuss- und Defizitländern, verschärft wird. Dieser Verlust der Wettbewerbsfähigkeit hängt Varoufakis, Holland und Galbraith zufolge unmittelbar *„mit den internen Ungleichgewichten Europas zusammen“*, welche *„wiederum durch den Mangel an Investitionen verstärkt“* werden.¹¹¹

Die Kombination aus den drei o.g. Krisen, der Banken-, der Staatsschulden- und der Investitionskrise, ...

„... führte schließlich zu einer sozialen Krise unerhörten Ausmaßes, die zuerst die verwundbaren Länder in der Peripherie zu spüren bekamen (zum Beispiel Griechenland, Portugal, Irland), dann aber auch die arbeitenden Menschen in Überschussländern wie Deutschland (wo die Quote der „working poor“, der Menschen, die von ihrem Lohn nicht leben können, in die Höhe geschossen ist).“¹¹²

Die Europäer scheinen erstmals innerhalb von zwei Generationen das europäische Projekt infrage zu stellen. Nationalistische und rechtspopulistische Bewegungen sind überall in Europa auf dem Vormarsch. Dabei gibt es nach Ansicht vieler Ökonomen jedenfalls Alternativen für die als alternativlos bezeichnete Sparpolitik in Europa.

¹¹¹ Varoufakis, Holland und Galbraith 2015, S. 21

¹¹² Ebd., S. 23

4.2 Neoliberales Sparen führt weiter in die Krise

Der günstige Verlauf der Finanzkrise nach dem Zusammenbruch der amerikanischen Großbank Lehman Brothers im September 2008 ist nach Ansicht vieler Ökonomen zu einem großen Teil auf die stabilisierende Funktion des Staates zurückzuführen. Diese Funktion war in den 1930er-Jahren noch kaum ausgebaut. Anders als im Verlauf der Weltwirtschaftskrise von 1929 bestand in der aktuellen Krise ein breiter weltweiter Konsens über die positiven Effekte staatlicher Eingriffe zur Stabilisierung des Wirtschaftskreislaufs.

Das österreichische Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) weist in einer Studie aus dem Jahr 2014 darauf hin, dass die so genannten automatischen Stabilisatoren einen wesentlichen Beitrag für das erfolgreiche Bestehen der Finanzkrise liefern. Es sind dies beispielsweise die Arbeitslosen-, Kranken- und Pensionsversicherung bzw. andere Sozialtransfers. Gegenläufig zum Konjunkturverlauf variieren diese den Umfang der staatlichen Einnahmen und Ausgaben und erhöhen in Krisenzeiten die privaten Einkommen. Besonders die skandinavischen Länder zeichneten sich damit in der Bekämpfung der Krise gegenüber den südeuropäischen und angelsächsischen Ländern aus.¹¹³

Diese Strategie hielt sich allerdings nicht lange in der Europäischen Union. Bereits 2010 erfolgte eine Kehrtwende im wirtschaftspolitischen Denken der EU. Die Gegner des Sozialstaatsmodells gaben der durch die enormen Bankenpakete gewachsenen Staatsverschuldung die Schuld an der Krise und forderten die Bändigung des zu teuren Sozialstaats, den sich Europa zukünftig keinesfalls mehr leisten können würde. Interessant in diesem Zusammenhang war die Verstärkung dieser These durch die beiden Ökonomen *Reinhart und Rogoff*, welche die Ursache für die missliche Wirtschaftslage vieler europäischer Länder in einer zu hohen öffentlichen Verschuldung sahen.¹¹⁴ Ein Übriges taten die Ratingagenturen

¹¹³ Vgl. Famira-Mühlberger, Leoni 2014, S. 16f.

¹¹⁴ Vgl. Reinhart, Rogoff 2014

dazu, indem sie drohten, die Kreditratings von Staatsanleihen herabzustufen. Damit wäre die Beschaffung von Geld über die Finanzmärkte für angeblich „zu hoch verschuldete Staaten“ deutlich teurer geworden, was wiederum deren laufende Budgetgebarungen negativ beeinflusst hätte.

In der Folge setzten auf Drängen der Europäischen Union viele Staaten im Euroraum strenge Sparpakte um. Die in der EU dominanten wirtschaftswissenschaftlichen Berater setzten darauf, dass sich die Sparanstrengungen der Staaten implizit nachfragesteigernd bei den Privaten auswirken würden. Die Hoffnung auf Wachstumseffekte war jedoch verfrüht. Zudem machten mehrere Ökonomen und Ökonominen darauf aufmerksam, dass *Reinhart und Rogoff* in ihrer Arbeit schwerwiegende Datenfehler begangen hatten, wodurch sich die Kernaussage ihrer Arbeit, eine hohe Staatsverschuldung wäre verantwortlich für ein geringes Wirtschaftswachstum, als unrichtig herausstellte.

Nach Ansicht des Ökonomen *Andrew Watt* (2013) geht die Kausalität in die entgegengesetzte Richtung: Ein geringes Wirtschaftswachstum bewirkt eine hohe öffentliche Verschuldung.¹¹⁵

Weitere wissenschaftliche Studien belegen darüber hinaus einen negativen BIP-Effekt von öffentlichen Sparbemühungen. Höhere Steuern haben negative Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Produktion, währenddessen erhöhte Staatsausgaben in Krisenzeiten deutlich positive Auswirkungen auf das gesamtwirtschaftliche Ergebnis haben. Die beiden Ökonomen *Eggertsen und Krugman* beispielsweise zeigten 2012, dass antizyklische Wirtschaftspolitik in Zeiten der Krise selbst bei Finanzierung über Kredite notwendig ist, um eine Rezession abzuwenden und die Wirtschaftslage zu stabilisieren.¹¹⁶

Gerade das Beispiel Griechenland, aber auch Spanien, zeigen deutlich, welche Auswirkungen eine verfrühte Austeritätspolitik in öffentlichen Haushalten haben kann. Einsparungen im öffentlichen Sektor regten nicht wie angenommen die Wirtschaft an, sondern verschärften die bereits instabile Wirtschaftslage. Die

¹¹⁵ Vgl. Watt 2013

¹¹⁶ Vgl. Eggertsen, Krugman 2012

Arbeitslosenquote in Griechenland stieg von 10 Prozent im Jahr 2010 innerhalb von drei Jahren auf über 25 Prozent. Aktuell liegt sie immer noch über 20 Prozent. Die Arbeitslosigkeit unter den jungen Leuten stieg sogar auf über 55 Prozent.

Umfangreiche Sparpakete vor allem im Bereich des Sozialen verringerten das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte. In der Folge sanken die Konsumausgaben und damit die Produktion und die Beschäftigung. Das führte gleichzeitig zu einem Rückgang der staatlichen Steuereinnahmen. Unsicherheit, soziale Unruhen, Demonstrationen und Ausschreitungen bestimmten seither den Alltag in Griechenland.¹¹⁷

¹¹⁷ Vgl. Eggertsen Krugman 2012

4.3 Wege aus der Krise

Die Wirtschaftsleistung der Europäischen Union ist im Jahr 2016 kaum höher als vor der Krise 2007/08. Die Zahl der Arbeitslosen ist in diesem Zeitraum um mehr als 8 Millionen, die Staatsschulden sind um 30% des BIP gestiegen. Das ist das Ergebnis falscher Wirtschaftspolitik auf Basis neoliberaler Theorien.

Das Anhalten der Eurokrise und die Misserfolge der neoliberalen Austeritätspolitik der Europäischen Union eröffnen das Feld für alternative Ansätze in der Wirtschaftspolitik. Vor dem Hintergrund von anhaltend schwachem Wirtschaftswachstum und hoher Arbeitslosigkeit scheint ein budgetpolitischer Kurswechsel dringend erforderlich. Eine fortschrittliche Wirtschaftspolitik, skizziert an den wichtigsten wirtschaftspolitischen Forderungen, könnte es der Europäischen Union ermöglichen, die Wirtschaft aus der Rezession zu führen.

4.3.1 Mehr öffentliche Investitionen

4.3.1.1 Wirtschaftliche Folgen simultanen Sparens

Die Sparpolitik der EU seit dem Jahr 2010 führte in weiten Teilen Europas zu einem scharfen Rückgang der öffentlichen Investitionen. Die staatlichen Ausgabenkürzungen trafen in besonderem Maße investive Ausgaben für Infrastruktur.

Verstärkte Sparanstrengungen der privaten Haushalte können maßgeblich zur Vertiefung von Wirtschaftskrisen beitragen. Das hatte bereits der britische Ökonom John Maynard Keynes erkannt. Die Erkenntnis, dass sich eine Volkswirtschaft selbst ärmer sparen kann, ergibt sich aus dem sog. Sparparadoxon: Gleichzeitiges Sparen einer größeren Gruppe privater Haushalte verringert die Konsumausgaben. Die Unternehmen können weniger Güter und Dienstleistungen absetzen, die Einkommen sinken.

Nicht nur private Haushalte sparten in Europa in den vergangenen Jahren. Auch die Mitgliedsstaaten der Eurozone kürzten Ausgaben und erhöhten Steuern. Und

zwar nicht nur die Krisenländer Spanien, Griechenland, Portugal und Irland, sondern selbst Deutschland und Österreich setzten massive Budgetkonsolidierungsmaßnahmen durch. Wie von Keynes beschrieben, konnte eine Stabilisierung der Staatsschulden durch simultane Sparpolitik jedoch nicht bewerkstelligt werden: Die Konsolidierungsmaßnahmen hatten negative Effekte auf Wachstum und Beschäftigung. Am Ende des gleichzeitigen Sparens standen aufgrund des wirtschaftlichen Einbruchs höhere Staatsschuldenquoten als zu Beginn, wobei jene Länder mit den größten Sparanstrengungen die stärkste Verschlechterung der Verschuldungsdynamik verzeichneten.¹¹⁸

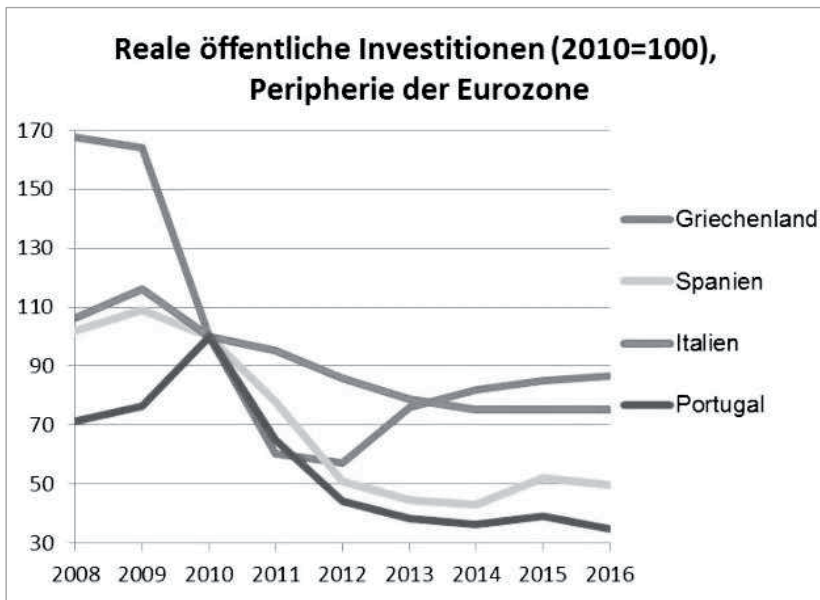


Abbildung 13: Reale öffentliche Investitionen (2010=100), Peripherie der Eurozone. Datenquelle: Heimberger.

¹¹⁸ Vgl. Schulmeister 2014, S. 8f.

Abbildung 13 illustriert, dass jene Peripherieländer der Eurozone, die in den vergangenen Jahren dem stärksten Spardruck ausgesetzt waren, den deutlichsten Rückgang der realen öffentlichen Investitionen verzeichneten. In Griechenland betrugen die zwischen 2010 und 2016 vorgenommenen Kürzungen 13,5%, in Italien 24,6%, in Spanien 50,4% und in Portugal sogar 65,3%.¹¹⁹

Dass allerdings nicht nur in den südeuropäischen Peripherieländern, sondern auch in den Kernländern der Eurozone mit staatlichen Investitionen gespart wurde, zeigt *Abbildung 14*. So ist etwa in Frankreich 2016 gegenüber dem Jahr 2010 ein Rückgang von 13,1% festzuhalten, in den Niederlanden war das Minus mit 15,5% sogar noch größer.¹²⁰

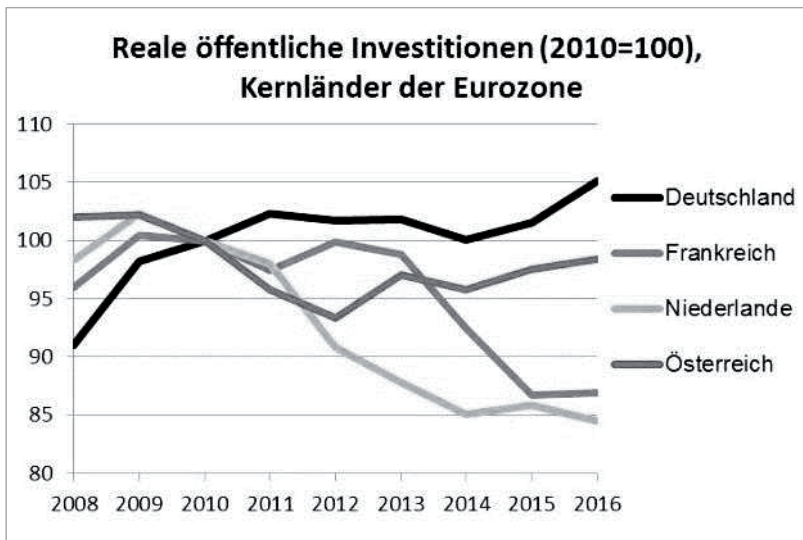


Abbildung 14: Reale öffentliche Investitionen (2010=100), Kernländer der Eurozone. Datenquelle: Heimberger.

¹¹⁹ Vgl. Heimberger 2016

¹²⁰ Vgl. ebd.

Die markante Reduktion der öffentlichen Investitionen hat in den letzten Jahren die Wirtschaftskrise in der Eurozone sowohl verschärft als auch verlängert. Das liegt vor allem daran, dass staatliche Ausgabenkürzungen die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und damit die Produktion nach unten drückten. Auch der Internationale Währungsfonds musste die hohen negativen Wachstumseffekte der europäischen Sparpolitik im Juni 2016 eingestehen.¹²¹

Eine koordinierte Ausweitung öffentlicher Investitionen würde nicht nur kurzfristig zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit beitragen, sondern auch langfristig das wirtschaftliche Wachstumspotential heben. Unter den vorherrschenden Rahmenbedingungen würde sich dies wiederum positiv auf die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen auswirken.¹²²

Es drängt sich die Frage auf, wann ein Staat investieren soll, wenn nicht unter den aktuell derart günstigen makroökonomischen Bedingungen? Leider ist es auch hier das EU-Fiskalregelwerk, das die Möglichkeiten zur Ankurbelung von Wachstum und Beschäftigung negativ beeinflusst. In diesem Regelwerk ist das strukturelle Defizit des Gesamtstaates in den EU-Ländern auf 0,5% begrenzt. Die damit einhergehende, einseitige Einengung des budgetären Spielraumes ist kontraproduktiv, vor allem in schlechten konjunkturellen Zeiten.

4.3.1.2 Die „Goldene Regel der Budgetpolitik“

Der Euroraum ist wirtschaftlich nach wie vor weit entfernt von einer wirtschaftlichen Erholung. Weil er sich nun schon seit geraumer Zeit am Rande einer deflationären Stagnation befindet, mehren sich sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der Politik die Rufe nach einem expansiveren finanzpolitischen Kurs, vor allem um die öffentlichen Investitionen anzukurbeln. Der so genannte Juncker-Plan ist diesbezüglich die bekannteste offizielle Reaktion der Politik.¹²³

¹²¹ Vgl. Ostry, Loungani, Furceri 2016

¹²² Vgl. Truger 2015, S. 21f

¹²³ Vgl. ebd., S. 43

In der Finanzwissenschaft hat sich im Zusammenhang mit der Ausweitung der öffentlichen Investitionen die Einhaltung einer „goldenen Regel der Budgetpolitik“ etabliert, der zufolge eine Neuverschuldung im Ausmaß der Höhe der öffentlichen Investitionen gerechtfertigt ist. Wegen ihrer langfristig positiven Auswirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung sollen öffentliche Investitionen nicht aus dem laufenden Budget finanziert werden.¹²⁴

„Öffentliche Investitionen erhöhen den Bestand an öffentlichem und/oder Sozialkapital und schaffen Wachstum zugunsten zukünftiger Generationen. Deswegen ist es gerechtfertigt, dass zukünftige Generationen zur Finanzierung dieser Investitionen mittels des Schuldendienstes beitragen. Das Fehlen der Schuldenfinanzierung wird durch höhere Steuern oder Ausgabenkürzungen zu einer unverhältnismäßigen Last für die heutige Generation und damit mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer Unterversorgung mit öffentlichen Investitionen führen.“¹²⁵

Laut Truger haben die negativen Anreize durch die aktuelle europäische Fiskalpolitik *„tatsächlich [...] bereits zu einer ernsthaften Vernachlässigung von öffentlichen Investitionen geführt“*.¹²⁶ Besonders in den europäischen Krisenländern spielten Einschnitte in öffentliche Investitionen bereits eine unverhältnismäßig große Rolle. Die wirtschaftlichen Schäden, die in Form einer Verstärkung und Verlängerung der Wirtschaftskrise durch diese Investitions-Einschnitte entstanden sind, dürften erheblich gewesen sein. Außerdem hat die Vernachlässigung öffentlicher Investitionen sehr wahrscheinlich das gesamte Wachstumspotenzial des Euroraumes deutlich herabgesetzt.¹²⁷

¹²⁴ Vgl. Truger 2015, S. 18ff.

¹²⁵ Ebd., S. 18

¹²⁶ Ebd.

¹²⁷ Ebd., S. 23f.

4.3.2 Koordination der europäischen Wirtschaftspolitik

Ein gemeinsamer europäischer Wirtschaftsraum ist eng geknüpft an den Aufbau einer gemeinsamen, koordinierten Wirtschaftspolitik innerhalb der EU. Die Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa zeigt allerdings deutlich, dass Schritte zu einer engeren wirtschaftspolitischen Abstimmung in der Währungsunion bis heute weitgehend ausgeblieben sind. Die Folge sind enorme ökonomische Ungleichgewichte innerhalb der europäischen Währungsunion, die eine zentrale Ursache für die Finanz- und Wirtschaftskrise darstellen. Diese Ungleichgewichte in den Handels- und Zahlungsbilanzen sind es, die einzelne Staaten massiv unter Wettbewerbsdruck bringen und gefährliche Blasen, wie beispielsweise die Immobilienblase in Spanien, ermöglichen. Dieses innereuropäische Problem lässt sich nur mit einem echten gemeinsamen Wirtschaftsraum überwinden, dessen politisches Ziel es ist, die Zahlungsbilanzunterschiede zwischen den Euro-Ländern auszugleichen.¹²⁸

4.3.2.1 Gemeinsame Lohnpolitik

Das Problem der divergierenden Wettbewerbsfähigkeit in Europa ergibt sich vor allem aus Unterschieden in den Lohnstückkostensteigerungen, die zu unterschiedlichen Inflationsraten führten. Länder wie Deutschland unterboten die EU-weite Zielinflationsrate von 2% deutlich, während etwa Griechenland oder Spanien diese Rate übertrafen. Für den wirtschaftspolitisch notwendigen Ausgleich dieser Unterschiede braucht es im Euroraum eine koordinierte Lohnpolitik, weil die Inflationsrate wesentlich von den Löhnen mitbestimmt wird. Eine koordinierte Lohnpolitik würde daher bedeuten, dass in Ländern wie Deutschland oder Österreich die realen Lohnsteigerungen über der Produktivitätsrate liegen müssten, weil in den Ländern der Peripherie die Löhne ohnehin schon stark gekürzt werden. Das würde den Exportsektoren der südlichen Länder helfen und könnte die Negativspirale aus sinkender Inlandsnachfrage auf

¹²⁸ Vgl. Hubmann 2013

Grund von Lohnkürzungen verbunden mit schwachen Exporten und einer rigiden staatlichen Sparpolitik, in der die südeuropäischen Länder stecken, stoppen.¹²⁹ Die Koordinierung der Löhne ist sowohl institutionell als auch politisch zu betreiben, es braucht eine stärkere Abstimmung der Gewerkschaften, offensivere Allgemeingültigkeitserklärungen von Tarifverträgen und eine bessere makroökonomische Abstimmung zwischen den Euro-Ländern.¹³⁰

4.3.2.2 Gemeinsame Fiskal- und Geldpolitik

Bei dem Ziel, die Inflationsraten nicht nur im Durchschnitt, sondern länderspezifisch anzugleichen, kann ein progressives Abgabensystem, das die Inflationsrate schon bei kleinen Abweichungen automatisch stabilisiert, mithelfen.¹³¹ Ländern, in denen sowohl der öffentliche wie der private Sektor stark verschuldet sind, droht bei einer staatlichen Kürzungs- und Sparpolitik die Inlandsnachfrage einzubrechen.

Eine langfristige Fiskalpolitik braucht aber weitergehende Maßnahmen. Sie muss Mindestsätze für Unternehmens-, Einkommens- und Vermögensbesteuerungen definieren. Dies würde den Wettbewerb des Steuerdumpings innerhalb der EU stoppen. Zu beachten ist dabei, dass es dafür auch einer Abtretung nationalstaatlicher Kompetenzen bedarf.¹³²

4.3.2.3 Die Vorteile einer gemeinsamen Fiskal- und Geldpolitik

Durch eine besser koordinierte Wirtschaftspolitik innerhalb der Europäischen Union könnten die internationalen Ungleichgewichte schrittweise abgebaut werden. Am ehesten könnte die Durchsetzung nationaler Zielinflationsraten durch eine koordinierte Lohnpolitik erreicht werden.¹³³

¹²⁹ Vgl. Marterbauer / Feigl 2012

¹³⁰ Vgl. Hubmann 2013

¹³¹ Vgl. Horn et al. 2012, S. 24

¹³² Vgl. ebd., S. 21

¹³³ Vgl. Hubmann 2013

Durch eine neue einheitliche Preisentwicklung könnten einzelne Länder wie Deutschland und Österreich, die durch eine sehr niedrige Inflation immer wettbewerbsfähiger wurden, ihre Exporte nicht mehr auf Kosten der Krisenländer wie Spanien oder Griechenland ausweiten, weil deren Inflation über der Zielrate liegen würde. So würde die Lohnkonkurrenz zwischen Staaten aufgehoben und eine konvergente Entwicklung im Euro-Raum ermöglicht.¹³⁴

Mit einer stärkeren Koordinierung und einer echten Währungsunion könnte das Ungleichgewicht zwischen den verschiedenen Preisentwicklungen im Euroraum schrittweise abgebaut werden, wodurch sich Handelsungleichgewichte im gemeinsamen Währungsraum verringern würden. Eine sinkende Auslandsverschuldung betroffener Krisenstaaten führt zum einen zu einem besseren Rating der Staatsanleihen und zum anderen trägt sie zu einer höheren Gesamtstabilität der einzelnen nationalen Volkswirtschaften bei.¹³⁵

4.3.3 Die Einführung von Eurobonds

Die Einführung von Eurobonds würde bedeuten, dass die Euro-Staaten gemeinsame Anleihen zur Staatsfinanzierung ausgeben und dafür auch gemeinsam haften. Es gibt verschiedene Modelle für eine konkrete Umsetzung dieser Idee, die sich im Ausmaß der gemeinsamen Schuldenaufnahme und Haftung unterscheiden. Mit der Einführung von Eurobonds sinkt das durchschnittliche Zinsniveau auf Staatsanleihen der europäischen Staaten und erleichtert so die Finanzierung der Staaten. Gleichzeitig stärkt die gemeinsame Haftung auch die Position der Staaten gegenüber den Finanzmärkten und nimmt so der einzelstaatlichen Bewertung durch Ratingagenturen ihren großen Einfluss auf die Refinanzierungskosten der Staaten.¹³⁶

Besonders das mangelnde Vertrauen in die Staatsanleihen und die damit ansteigende Zinslast führte in den vergangenen Jahren zu einer massiven

¹³⁴ Vgl. Hubmann 2013

¹³⁵ Vgl. ebd.

¹³⁶ Vgl. ebd.

Belastung der Staatshaushalte einzelner Länder im Euro-Raum. Verstärkt wurden die Refinanzierungsschwierigkeiten einzelner Staaten dadurch, dass Banken in großem Stile gerettet werden mussten. Das Fehlen einer gemeinsamen Staatsfinanzierung im Euro Raum ermöglichte es Spekulanten, auf das Ausscheiden einzelner Staaten aus dem Euro zu spekulieren.¹³⁷

Mit der gemeinsamen Ausgabe von Eurobonds könnten die Euroländer auf den Kapitalmärkten gemeinsam Schulden aufnehmen und das Kapital, für das sie auch gemeinsam haften würden, untereinander aufteilen. Dadurch könnte die Stabilität innerhalb des Euro-Raums gestärkt werden und für die von der Krise besonders betroffenen Staaten deutlich niedrigere Refinanzierungskosten durchgesetzt werden.¹³⁸

Durch geringere Refinanzierungskosten könnten Krisenländer schneller aus einer Rezession herausfinden, wodurch auch die Gesamtkosten der Krise erheblich sinken würden. Darüber hinaus würden Eurobonds, je nach Ausmaß der gemeinsamen Haftung, eine Spekulation gegen verschiedene Länder verhindern.¹³⁹

4.3.4 Die Durchsetzung einer gerechten Verteilung

In den letzten Jahren hat sich durch einen weltweiten Steuerwettbewerb die steuerliche Belastung von Einkommen, Vermögen und Gewinnen verringert. Gleichzeitig haben sich die Einkommen und Vermögen immer weiter auseinanderentwickelt und sind wie die Unternehmensgewinne vermehrt in die Spekulation geflossen.

Eine gerechtere Verteilung würde unnützes Kapital aus dem Finanzkapitalismus wieder in die Realwirtschaft umlenken und die ArbeitnehmerInnen durch eine bessere Finanzierung von öffentlichen Gütern wie Bildung, Krankheitsversorgung

¹³⁷ Vgl. Hubmann 2013

¹³⁸ Vgl. ebd.

¹³⁹ Vgl. ebd.

und Verkehrssystem „wieder an dem Mehrwert teilhaben lassen, den sie schlussendlich selbst erarbeiten“. ¹⁴⁰

4.3.4.1 Steuervermeidung bekämpfen

Im Bereich der Unternehmensbesteuerung muss die Steuervermeidung von multinationalen Unternehmen eingedämmt werden. Große internationale Konzerne profitieren durch das globale Verschieben von Gewinnen gegenüber den Klein- und mittleren Unternehmen. Die Europäische Union sollte so rasch wie möglich strikte Kontrolle von Verrechnungspreisen in den multinationalen Unternehmen einführen und die Unternehmensbesteuerung in Europa koordinieren. ¹⁴¹

4.3.4.2 Hohe Einkommen und Vermögen besteuern

Die koordinierte Einführung einer Steuer auf große Vermögen könnte ein sinnvoller Schritt hin zu mehr Verteilungsgerechtigkeit sein. Zusätzlich könnte eine einmalige Vermögensabgabe die über die letzten Jahre zugenommene Vermögensungleichheit mindern und damit die sozialen Folgen von Ungleichheit abmildern. Höhere Erbschaftssteuern stellen die Übergabe von Vermögen zwischen Generationen in den Dienst des Gemeinwohls und erschweren gleichzeitig das Anhäufen von riesigen Vermögen. Im Bereich der Einkommenssteuer könnten höhere Spitzensteuersätze eingeführt werden. All diese Maßnahmen würden vor allem jene Einkommen treffen, welche nur in geringen Teilen dem Konsum zufließen. Gleichzeitig könnten mit den höheren Einnahmen durch diese Maßnahmen, die niedrigeren Einkommen, die deutlich größere Anteile ihres Einkommens konsumieren, mit niedrigeren Steuersätzen und größeren Freibeträgen entlastet werden. Dies würde sich positiv auf den Konsum und dadurch auf die Wirtschaft auswirken. ¹⁴²

¹⁴⁰ Vgl. Hubmann 2013

¹⁴¹ Vgl. ebd.

¹⁴² Vgl. ebd.

5 Europa und die USA im Vergleich

„This is disgraceful. My colleagues are still teaching the same stuff as if 2008 never happened.“

Der ehemalige griechische Finanzminister Yanis Varoufakis verwendete dieses Zitat in einem Referat im Rahmen des Forums Alpbach 2016, in dem er sich außerdem beklagte, „... *that students are taught yesterday's economics.*“

5.1 Was läuft falsch in Europa?

Seit dem Einsetzen der Finanzkrise im Jahr 2008 ist die Zahl der Arbeitslosen in der Europäischen Union um etwa 10 Millionen angestiegen. Dieser dramatische Anstieg findet auf politischer Ebene allerdings kaum Beachtung. Der Anteil der Verschuldung der Eurostaaten am BIP hat sich deutlich erhöht. Man muss den neoliberalen Verteidigern einen ideologisch gefärbten Blick vorwerfen, wenn diese die engen Zusammenhänge zwischen der Krise bei den Staatsschulden und jener auf dem Arbeitsmarkt nicht erkennen.¹⁴³

„Hat man als Ökonomen die Grundzusammenhänge der Makroökonomie verstanden, dann kann die Tatsache nicht überraschen, dass Sparpolitik zum falschen Zeitpunkt Nachfrage und Produktion dämpft und deshalb zu mehr Arbeitslosigkeit und weniger Steuereinnahmen führt. Doch für die Europäische Kommission, den Europäischen Rat und die Europäische Zentralbank scheinen diese Zusammenhänge neu zu sein.“¹⁴⁴

¹⁴³ Vgl. Marterbauer 2013

¹⁴⁴ Marterbauer 2013

Die marktliberalen Eliten in der Eurozone setzen ihren wirtschaftlich und sozial desaströsen Weg weiterhin ungebremsst fort. Ein Vergleich mit den USA zeigt allerdings deutlich, dass nichts mehr zum Niedergang der EU beiträgt als genau die in Kapitel 3 beschriebenen Maßnahmen der Austeritätspolitik.

Die USA haben seit Beginn der Krise wirtschaftspolitisch vieles anders gemacht als die Eurozone. Im Jahr 2009 verabschiedeten die USA ein Konjunkturpaket, das mit 1,7 Prozent am BIP wesentlich größer war als in den 13 größten EU-Staaten, wo es nur 1 Prozent betrug. Insgesamt war die Budgetpolitik in den USA offensiver, zwischen 2007 und 2010 erhöhten die Euro-12 ihre realen Staatsausgaben um zehn, die USA um 17 Prozent. Dementsprechend verzeichnete die US-Regierung in den Jahren 2009 und 2010 Budgetdefizite von 13 bzw. 12 Prozent, die Euro-12 hingegen jeweils die Hälfte.¹⁴⁵

„Trotzdem ist die Verschuldung in den USA nicht so viel stärker gestiegen als die kräftigere Neuverschuldung vermuten lassen würde. Der Anteil der Staatsschuld am BIP ist in den USA um gut 40 Prozentpunkte angestiegen (auf 106 % des BIP), in den Euro-12 um knapp 30 Prozentpunkte (auf 97 % des BIP). Daran zeigt sich mustergültig, dass ein Staat trotz der viel höheren Schuldenaufnahme am Ende nur unwesentlich stärker verschuldet sein kann als ein Staat der sich viel weniger verschuldet. Dieses Sparparadoxon erklärt sich über das Wachstum, das durch die kreditfinanzierten Staatsausgaben angeschoben wurde. Die Entwicklung völlig unterschiedlicher Budgetpolitiken zeigt, dass der politische Wille zur wirtschaftspolitischen Steuerung jenseits des Atlantiks wesentlich ausgeprägter ist als in der Eurozone.“¹⁴⁶

Die USA war in den Augen des Wiener Ökonomen Nikolaus Kowall (2014) auch im Bereich der Geldpolitik wesentlich offensiver:

¹⁴⁵ Vgl. Kowall 2014

¹⁴⁶ Kowall 2014

„Die Federal Reserve Bank drückte den Leitzins nicht nur früher und tiefer als die EZB. Über die meiste Zeit blieb der Leitzins in den USA auch unterhalb des Niveaus der Eurozone. Die EZB hob den Leitzins bereits im April und Juli 2011 verfrüht an, obwohl sich die Wirtschaftslage keineswegs erholt hatte (der Schritt wurde später rückgängig gemacht). Auch bei Direktinterventionen der Zentralbank, etwa durch den Aufkauf von Staatsanleihen, war die EZB wesentlich zurückhaltender als die Fed. Überhaupt versucht die EZB ihr Inflationsziel von zwei Prozent nur einzuhalten, wenn sie es überschreitet, kaum jedoch wenn es unterschritten wird und die Gefahr der Deflation droht.“¹⁴⁷

5.2 Was macht die USA besser?

Seit den 1990er-Jahren sind die Unterschiede in der Wirtschaftspolitik zwischen den USA und der Eurozone besonders drastisch zum Vorschein gekommen. In den vergangenen 20 Jahren verfolgen die USA sowohl eine flexiblere als auch pragmatischere Budget- und Geldpolitik als die Eurozone. *Abbildung 15* zeigt das reale BIP-Wachstum in den USA und der Euro-12 von 1960 bis 2014 in 5-Jahres-Perioden. Die kontinentaleuropäische Wirtschaft verlor den Anschluss spätestens ab den frühen 1990er-Jahren. Ab diesem Zeitpunkt war die Wirtschaftspolitik in der Eurozone meistens zurückhaltend, in den USA jedoch weitgehend offensiv.¹⁴⁸

¹⁴⁷ Kowall 2014

¹⁴⁸ Vgl. ebd.

Wachstum des realen BIP pro Kopf in der EU-12 und den USA in 5-Jahres-Perioden 1960-2014

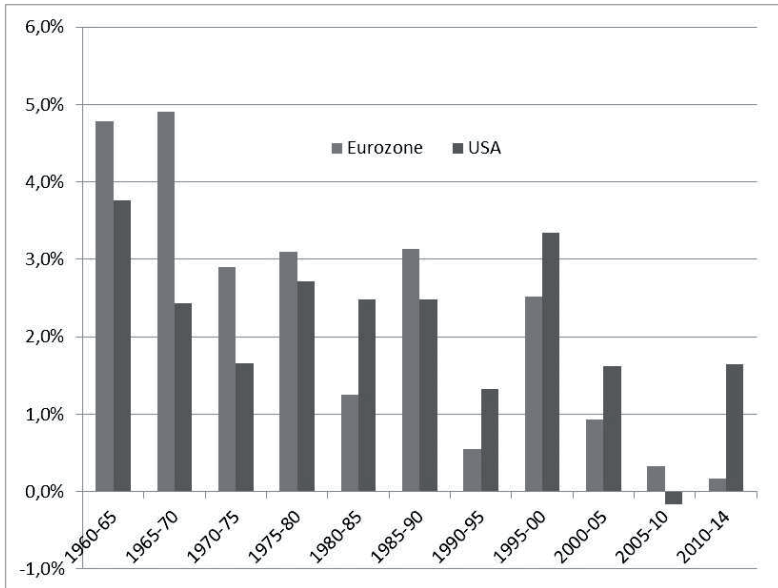


Abbildung 15: Wachstum des realen BIP pro Kopf in der EU-12 und den USA in 5-Jahres-Perioden 1960-2014.

Die Wirtschaftspolitik in der Eurozone begründet sich auf dem Vertrag von Maastricht aus dem Jahr 1993, in dem die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) in Kraft getreten ist. In diesem Vertrag sind im Bereich der Geldpolitik Ziele wie Wachstum und Beschäftigung der Preisstabilität eindeutig untergeordnet, während sie in den USA als gleichwertige wirtschaftspolitische Ziele definiert sind. Budgetpolitisch wurde der Stabilitäts- und Wachstumspakt vor wenigen Jahren durch Verträge wie den Fiskalpakt verschärft.¹⁴⁹

¹⁴⁹ Vgl. Kowall 2014

„Die Budgetregeln sollten verhindern, dass sich Mitgliedsstaaten zu hoch verschulden können, weil dies als Gefahr für die Stabilität der Eurozone interpretiert wurde. Damit ist eine konservative Wirtschaftspolitik beruhend auf Preisstabilität und Budgetdisziplin festgezurr. Der Maastrichtvertrag, der eine Integration und Stärkung Europas zur Folge haben sollte, dürfte das Grundlagenpapier dafür sein, dass der alte Kontinent wirtschaftlich zurückfällt.“¹⁵⁰

Entwicklung der Arbeitslosenrate in den Euro-12 und den USA 1960-2014

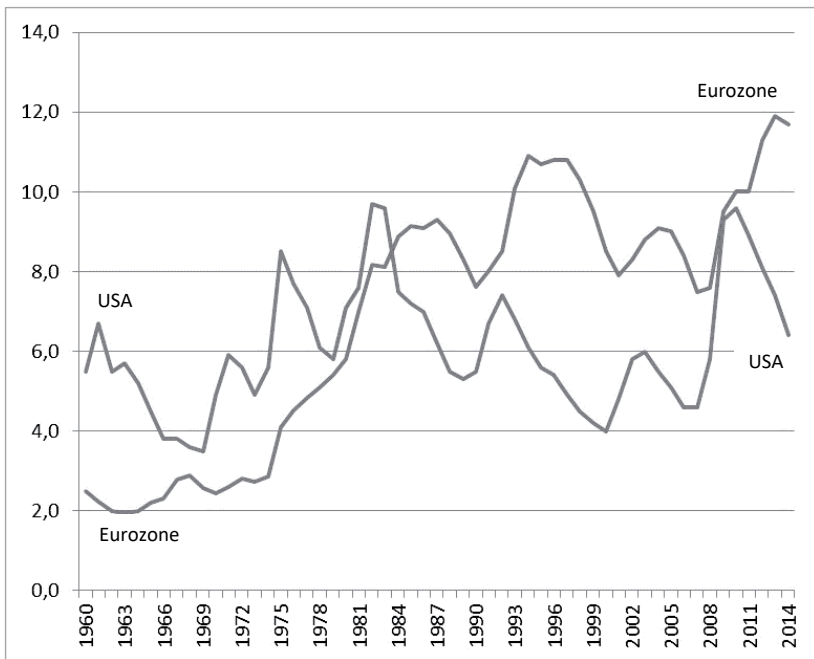


Abbildung 16: Entwicklung der Arbeitslosenrate in den Euro-12 und den USA 1960-2014. Datenquelle: Kowall.

¹⁵⁰ Kowall 2014

Der Unterschied zwischen den Euro-12-Staaten und den USA ist besonders darin ersichtlich, dass die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit entsprechend den Zielsetzungen der europäischen Geld- und Budgetpolitik keinen herausragenden Stellenwert hat. *Abbildung 16* zeigt, dass die Arbeitslosenrate in der Eurozone bis 1984 stets unter dem Niveau der USA lag. Seither liegt sie durchgehend darüber. Besonders niederschmetternd für Europa ist die Entwicklung seit 2010, als die Arbeitslosigkeit in beiden Regionen noch bei rund zehn Prozent lag. Seit damals ist sie in der alten Eurozone auf fast 12 Prozent angestiegen, während sie in den USA bereits wieder auf etwa 6 Prozent zurückgegangen ist.¹⁵¹

¹⁵¹ Vgl. Kowall 2014

6 Ausblick

Die Stimmen für eine strikte Sparpolitik in Europa werden kaum leiser. Trotz immer klarer ersichtlichen negativen sozialen und wirtschaftlichen Folgen hält die europäische Politik an den Sparmaßnahmen fest. Für die europäische Kommission scheinen Austerität und Lohnzurückhaltung immer noch die einzigen Wege zu sein, um Europas Wohlstand zu retten. Weil sie sich Europa als Unternehmen vorstellen, sehen sie dessen wirtschaftlich gedeihliche Zukunft im Kostenkampf auf den Weltmärkten.

Es ist ein Paradoxon, dass die EU-Politik nach allen wesentlichen makroökonomischen Parametern in den vergangenen Jahren der Krise den gegenteiligen Effekt erzielt hat, den sie erreichen wollte. Europa kann beispielsweise immer weniger mit der wirtschaftlichen Dynamik der USA mithalten.

Erfolgversprechend wäre vielmehr ein gegenteiliges Konzept: etwas mehr Gelassenheit gegenüber dem internationalen Wettbewerb und Konzentration auf die eigene Ökonomie, die mehr als 80 Prozent der europäischen Wertschöpfung auch in der EU absetzt.¹⁵²

Der Internationale Währungsfond (IWF) verursachte vor kurzem große Aufregung, als er einen kritischen Artikel zur neoliberalen Wirtschaftspolitik mit dem Titel „Neoliberalism: Oversold?“¹⁵³ veröffentlichte. Drei Ökonomen des IWF üben darin harte Kritik an den Auswirkungen von Sparpolitik und der globalen Öffnung der Finanzmärkte. Das Erscheinen dieses Artikels kann als Zeichen für einen breiteren wirtschaftspolitischen Diskurs innerhalb des IWF interpretiert werden. Stellungnahmen wie diese bieten einen Anstoß sowie gleichzeitig gute Argumente für eine dringend notwendige Diskussion über die wirtschaftspolitischen Ziele unserer Gesellschaft.¹⁵⁴

¹⁵² Vgl. Kowall 2014

¹⁵³ Ostry, Loungani, Furceri 2016

¹⁵⁴ Vgl. Hubmann 2016

In dem o.g. Text bestätigen drei Ökonomen des IWF, dass die Nachteile der neoliberalen Spar-Agenda in der Vergangenheit oft unterschätzt wurden. Sie ziehen den Schluss, dass der Zusammenhang zwischen Handelsliberalisierung und Wirtschaftswachstum schwer beweisbar ist. Dabei merken sie kritisch an, dass die häufigen Krisen klar mit der fortschreitenden Handelsliberalisierung zusammenhängen. In Folge „wiederholter Boom-Bust-Zyklen“ kommt es in der Folge zu höherer Ungleichheit, die wiederum das Wirtschaftswachstum nachhaltig schädigt. Abschließend in ihrem Artikel stellen die IWF-Ökonomen fest, dass die vom IWF stets als Ausweg aus wirtschaftlichen Krisenzeiten und hohen Staatsschulden verordnete Kürzungs- und Sparpolitik nie einer Überprüfung unterzogen wurde.¹⁵⁵

Anlass zur Hoffnung auf eine Änderung der Wirtschaftspolitik gibt die Feststellung der IWF-Ökonomen, dass es *„in manchen Fällen wirtschaftspolitisch besser gewesen wäre, Schulden mit kontinuierlichem Wirtschaftswachstum langsam abzubauen als durch schnelle Kürzungsprogramme“*. Denn diese verschlechtern häufig die Wirtschaftslage durch einen schwachen wirtschaftlichen Output sowie durch den Anstieg der Arbeitslosigkeit dramatisch.¹⁵⁶

Diese Öffnung des IWF hat sich schon in den letzten Kreditpaketen angedeutet. In den Verhandlungen der Troika zum Umgang mit von der Eurokrise besonders betroffenen Staaten war zu beobachten, dass der IWF eine Abmilderung der Sparmaßnahmen einforderte. Beispielsweise hat er immer wieder für einen Schuldenschnitt für Griechenland plädiert, sich damit aber gegenüber EU-Kommission und EZB nicht durchgesetzt. Obwohl gerade der deutsche Finanzminister Schäuble von großen Erfolgen der Maßnahmen gesprochen hat, hatten die schlussendlich ausverhandelten Pakete jedoch verheerende Auswirkungen auf Griechenland, im Besonderen einen drastischen Anstieg von Armut und Ungleichheit. Bei den oft variierenden Positionen des IWF könnte es sich möglicherweise um ein Indiz von inneren ideologischen Auseinander-

¹⁵⁵ Vgl. Hubmann 2016

¹⁵⁶ Vgl. ebd.

setzungen handeln. Zum jetzigen Zeitpunkt ist allerdings nicht mit einem schwerwiegenden wirtschaftspolitischen Wandel beim IWF zu rechnen.¹⁵⁷

Der Schlüssel zur Überwindung der Krise in der Europäischen Union liegt im EU-Binnenmarkt. Neben einer besseren Koordination der europäischen Wirtschaftspolitik und dem Versuch, eine gerechtere Verteilung des Wohlstands herbeizuführen, ist eine offensive Wirtschaftspolitik die wichtigste unter vielen notwendigen Maßnahmen, um die Eurozone wieder auf Wachstumskurs zu bringen.

Eine gewisse Zuversicht auf eine wirtschaftspolitische Wende in Europa lässt sich schließlich aus einem Grundmuster der Europäischen Gemeinschaft herauslesen. Bisher mündete noch jede Krise in eine höhere Stufe der Integration. Tatsächlich folgte die Vertiefung der Gemeinschaft keinem großen Plan. Sie war in erster Linie eine Antwort auf konkrete Herausforderungen. Die aktuelle Krise bietet demnach für die Europäische Union auch eine Chance: der dringend notwendige Wechsel hin zu einer offensiven Wirtschaftspolitik nach amerikanischem Muster könnte den Weg für eine höhere Stufe der europäischen Integration ermöglichen.

¹⁵⁷ Vgl. Hubmann 2016

Abbildungsverzeichnis

[Abbildung 1: Staatsschuldenquoten im Vergleich.](#)

Quelle: Europäische Kommission: http://ec.europa.eu/economy_finance/db_indicators/gen_gov_data/documents/2016/spring2016_country_en.pdf 7

[Abbildung 2: Die Austeritätspolitik in der Theorie.](#)

Quelle: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=19418> 12

[Abbildung 3: Der Teufelskreis der Austeritätspolitik.](#)

Quelle: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=19418> 14

[Abbildung 4: Entwicklung von Produktion, Arbeitslosigkeit und Staatsfinanzen in Spanien.](#)

Quelle: Schulmeister: http://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=47515&mime_type=application/pdf 32

[Abbildung 5: Staatsschulden in Prozent des BIP.](#)

Quelle: http://ec.europa.eu/economy_finance/db_indicators/gen_gov_data/documents/2016/spring2016_country_en.pdf 35

[Abbildung 6: Wirtschaftsentwicklung in Griechenland und Deutschland seit 2005.](#)

Quelle: Flassbeck: <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/flassbeck-griechenland> 37

[Abbildung 7: Das griechische BIP in verschiedenen EU-Prognosen.](#)

Quelle: Zuckerstätter: <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/wunsch-und-wirklichkeit-neoliberaler-sparmassnahmen-am-beispiel-griechenlands> 40

[Abbildung 8: Die griechische Volkswirtschaft 2007-2016.](#)

Quelle: Zuckerstätter: <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/wunsch-und-wirklichkeit-neoliberaler-sparmassnahmen-am-beispiel-griechenlands> 41

[Abbildung 9: Spaniens Staatsverschuldung im Verhältnis zum BIP.](#)

Quelle: WKO: <http://wko.at/statistik/eu/europa-verschuldung.pdf> 42

[Abbildung 10: Arbeitslosigkeit in Spanien 2007-2016.](#)

Quelle: WKO: www.wko.at/statistik/eu/europa-arbeitslosenquoten.pdf 47

[Abbildung 11: Jugendarbeitslosigkeit in Europa.](#)

Quelle: [https://de.statista.com/statistik/daten/studie/74795/umfrage/](https://de.statista.com/statistik/daten/studie/74795/umfrage/jugendarbeitslosigkeit-in-europa/)

[jugendarbeitslosigkeit-in-europa/](#) 47

[Abbildung 12: Spaniens Haushaltssaldo im Verhältnis zum BIP.](#)

Quelle: WKO: <http://wko.at/statistik/eu/europa-defizit.pdf> 50

[Abbildung 13: Reale öffentliche Investitionen \(2010=100\), Peripherie der Eurozone.](#)

Datenquelle: Heimberger: [http://blog.arbeit-wirtschaft.at/mehr-oeffentliche-investitionen-](http://blog.arbeit-wirtschaft.at/mehr-oeffentliche-investitionen-sind-sinnvoll-und-erforderlich)

[sind-sinnvoll-und-erforderlich](http://blog.arbeit-wirtschaft.at/mehr-oeffentliche-investitionen-sind-sinnvoll-und-erforderlich) 60

[Abbildung 14: Reale öffentliche Investitionen \(2010=100\), Kernländer der Eurozone.](#)

Datenquelle: Heimberger: [http://blog.arbeit-wirtschaft.at/mehr-oeffentliche-investitionen-](http://blog.arbeit-wirtschaft.at/mehr-oeffentliche-investitionen-sind-sinnvoll-und-erforderlich)

[sind-sinnvoll-und-erforderlich](http://blog.arbeit-wirtschaft.at/mehr-oeffentliche-investitionen-sind-sinnvoll-und-erforderlich) 61

[Abbildung 15: Wachstum des realen BIP pro Kopf in der EU-12 und den USA in 5-](#)

[Jahres-Perioden 1960-2014.](#) Datenquelle: Kowall: [http://blog.arbeit-wirtschaft.at/der-](http://blog.arbeit-wirtschaft.at/der-niedergang-europas-der-als-seine-rettung-beschworen-wird)

[niedergang-europas-der-als-seine-rettung-beschworen-wird](http://blog.arbeit-wirtschaft.at/der-niedergang-europas-der-als-seine-rettung-beschworen-wird) 72

[Abbildung 16: Entwicklung der Arbeitslosenrate in den Euro-12 und den USA 1960-2014.](#)

Datenquelle: Kowall: [http://blog.arbeit-wirtschaft.at/der-niedergang-europas-der-als-](http://blog.arbeit-wirtschaft.at/der-niedergang-europas-der-als-seine-rettung-beschworen-wird)

[seine-rettung-beschworen-wird](http://blog.arbeit-wirtschaft.at/der-niedergang-europas-der-als-seine-rettung-beschworen-wird) 73

Literaturverzeichnis

Beck, Hanno / Prinz, Aloys: Staatsverschuldung – Ursachen, Folgen, Auswege. Verlag C.H. Beck, München 2011.

BEIGEWUM / Attac (Hrsg.): Mythen der Krise – Einsprüche gegen falsche Lehren aus dem großen Crash. VSA: Verlag Hamburg 2010.

BEIGEWUM (Hrsg.): Mythen des Sparens – Antizyklische Alternativen zur Schuldenbremse. VSA: Verlag Hamburg 2013.

Berger, Jens (2012): Spanien und die Brandstifter – eine hausgemachte Krise. DI. unter <http://www.nachdenkseiten.de/?p=13435>, letzter Zugriff: 25.4.2016.

Berger, Jens (2013): Merkel in ihrem Lauf – die Großkoalitionäre wollen an Merkels Krisenpolitik festhalten.

DI. unter: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=19418>. Letzter Zugriff: 25.4.2016.

Bergheim, Stefan (2007): Spanien 2020 – die Erfolgsgeschichte geht weiter. In: Deutsche Bank Research, Frankfurt - 11. September 2007.

DI. unter http://www.dbresearch.de/PROD/DBR_INTERNET_DE-PROD/PROD0000000000215308.pdf, letzter Zugriff: 10.2.2016.

Blyth, Mark: Wie Europa sich kaputtspart - Die gescheiterte Idee der Austeritätspolitik. Karl Dietz Verlag, Berlin 2014.

Bofinger, Peter: Ist der Markt noch zu retten? Ullstein Buchverlage GmbH, Berlin 2009.

Eggertsson, G. und Krugman, P.: Debt, Deleveraging and the Liquidity Trap: A Fisher-Minsky-Koo Approach. In: The Quarterly Journal of Economic Literature (2012), S. 1469-1513.

DI. unter https://www.princeton.edu/~pkrugman/debt_deleveraging_ge_pk.pdf, letzter Zugriff: 12.9.2016.

Eurostat Government Statistics: General government gross debt statistics, 5/2012.

Famira-Mühlberger, Ulrike / Leoni, Thomas: Die wirtschaftliche und soziale Lage in Österreich. Studie des Instituts für Wirtschaftsforschung Österreich 2014.

DI. unter http://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=47475&mime_type=application/pdf, letzter Zugriff am 15.9.2016

Feigl, Georg (2013): Ist die Kritik am Europäischen Rettungsmechanismus (ESM) berechtigt? DI. unter: <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/ist-die-kritik-am-europaischen-stabilitatsmechanismus-esm-berechtigt/>, letzter Zugriff am 13.5.2016.

Flassbeck, Heiner (2015a): Griechenland war auf gutem Weg? DI. unter <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/flassbeck-griechenland/> , letzter Zugriff am 15.9.2016

Flassbeck, Heiner / Lapavistas, Costas (2015b): Nur Deutschland kann den Euro retten. Westend-Verlag, Frankfurt 2015.

Grunert, Günther (2013a): Eurokrise und kein Ende – Spanien im freien Fall, Teil 1. In: Zukunft 03/2013, Gesellschaft zur Herausgabe der sozialdemokratischen Zeitschrift „Zukunft“ (Eigenverlag).

Grunert, Günther (2013b): Eurokrise und kein Ende – Spanien im freien Fall, Teil 2. In: Zukunft 04/2013, Gesellschaft zur Herausgabe der sozialdemokratischen Zeitschrift „Zukunft“ (Eigenverlag).

Hecht, Dörthe / Müller, Erik: Von der Finanz- zur Wirtschaftskrise.
In: Politik betrifft uns 3/2009, Bergmoser + Höller Verlag AG.

Heimberger, Philipp: „Innere Abwertung“ in Südeuropa: Erwartungen, Ergebnisse und Folgen. In: Wirtschaft und Gesellschaft 2/2014, S. 235-262, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien (Hg.).

Heimberger, Philipp (2014): Verfehlte Annahmen, verheerende Ergebnisse: Zur Politik der Europäischen Kommission. DI. unter <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/verfehlte-annahmen-verheerende-ergebnisse-zur-politik-der-europaeischen-kommission/>, letzter Zugriff am 22.3.2016.

Heimberger, Philipp (2016): Mehr öffentliche Investitionen sind sinnvoll und erforderlich. DI. unter <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/mehr-oeffentliche-investitionen-sind-sinnvoll-und-erforderlich/>, letzter Zugriff: 6.9.2016.

Horn, Gustav (2011): Die schwachen Argumente der Euro-Bonds-Gegner. In: ZeitOnline (24.8.2011). DI. unter <http://www.zeit.de/wirtschaft/2011-08/euro-bonds-gegner-kritik>, letzter Zugriff: 15.9.2016.

Horn, Gustav, Linder, Fabian, Tober, Silke & Watt, Andrew (2012): Quo vadis Krise? Zwischenbilanz und Konzept für einen stabilen Euroraum, IMK-Report Nr. 75, Düsseldorf. DI. unter http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_75_2012.pdf.

Hubmann, Georg (Hg., 2012): Die Krise verstehen. DI. unter http://www.diekriseverstehen.net/diekriseverstehen_volltext.pdf, letzter Zugriff: 13.1.2016.

Hubmann, Georg (Hg., 2013): Die Krise lösen. DI. unter <http://www.diekriseloesen.net/texts.html>, letzter Zugriff: 13.9.2016.

Hubmann, Georg: Revolution beim IWF? Perspektiven 6/2016, Jahoda-Bauer-Institut. DI. unter http://jbi.or.at/wp-content/uploads/2016/06/perspektiven_6_2016_iwf.pdf, letzter Zugriff: 15.9.2016.

Kaniovski, Serguei / Breuss, Fritz / Sinabell, Franz (2012): Vorteile der Teilnahme an der Europäischen Währungsunion und Folgen einer Redimensionierung der Eurozone. WIFO-Presseinformation vom 30.8.2012. DI. unter http://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=45078&mime_type=application/pdf, letzter Zugriff am 12.4.2016.

Koo, Richard C. (2011): The world in balance sheet recession: causes, cure, and politics. In: Real-world economics review, no. 58, S. 19-37. DI. unter <http://www.paecon.net/PAEReview/issue58/Koo58.pdf>, letzter Zugriff: 5.6.2016.

Kowall, Nikolaus (2014): Der Niedergang Europas, der als seine Rettung beschworen wird. DI. unter <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/der-niedergang-europas-der-als-seine-rettung-beschworen-wird/>, letzter Zugriff: 20.6.2016.

Marterbauer, Markus: Wem gehört der Wohlstand?
Paul Zsolnay Verlag, Wien 2007.

Marterbauer, Markus: Zahlen bitte! Deuticke Verlag, Wien 2011.

Marterbauer, Markus (2013): Alternativen zur Massenarbeitslosigkeit in der EU. DI. unter: <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/alternativen-zur-massenarbeitslosigkeit-in-der-eu/>, letzter Zugriff: 10.9.2016.

Marterbauer, M. / Feigl, G.: Die EU-Fiskalpolitik braucht gesamtwirtschaftlichen Fokus und höhere Einnahmen. Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), Oktober 2012.
DI. unter <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/09284.pdf>, letzter Zugriff: 15.9.2016.

Ostry, Jonathan D., Loungani, Prakash, Furceri Davide: Neoliberalism: Oversold?
In: Finance & Development 6/2016. DI. unter: <https://www.imf.org/external/pubs/ft/fandd/2016/06/pdf/ostry.pdf>, letzter Zugriff: 15.9.2016

Rehm, Miriam: Die USA lernen, Europa leidet.
In: Arbeit und Wirtschaft 10/2013, hrsg. von AK und ÖGB.

Reinhart, Carmen M. and Rogoff Kenneth S.: Growth in a Time of Debt.
In: American Economic Review: Papers & Proceedings 100 (May 2010): 573–578.
DI. unter: http://scholar.harvard.edu/files/rogoff/files/growth_in_time_debt_aer.pdf, letzter Zugriff: 12.9.2016.

Schulmeister, Stephan: Mitten in der großen Krise – Ein „New Deal“ für Europa. Picus Verlag, Wien 2010.

Schulmeister, Stephan (2014): Der Fiskalpakt – Hauptkomponente einer Systemkrise. WIFO-Working Papers 480/2014. DI. unter: http://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=47515&mime_type=application/pdf, letzter Zugriff: 5.6.2016.

Sinn, Hans-Werner: Gefangen im Euro. Redline Verlag, München 2014.

Truger, Achim: Implementing the Golden Rule for Public Investment in Europe. In: Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 138 Working Paper-Reihe der AK Wien (2015). DI. unter: https://media.arbeiterkammer.at/PDF/Studie_Golden_Rule_for_public_investment.pdf

Unger, Brigitte (2010): Internationale Wirtschaftsverflechtungen und die Macht der global agierenden Finanzmärkte. In: Informationen zur Politischen Bildung Nr. 33 vom August 2010, hrsg. vom BMUK, S. 13- 24.

Varoufakis, Yanis / Holland, Stuart / Galbraith, James: Bescheidener Vorschlag zur Lösung der Eurokrise. Verlag Antje Kunstmann, München 2015.

Watt, Andrew (2013): Reading Reinhart-Rogoff On Reinhart-Rogoff. In: Social Europe Journal 2013/4. DI. unter: <https://www.socialeurope.eu/2013/04/reading-reinhart-rogoeff-on-reinhart-rogoeff/>, letzter Zugriff: 6.5.2016

Zuckerstätter, Sepp (2015): Wunsch und Wirklichkeit neoliberaler Sparmaßnahmen am Beispiel Griechenlands. DI. unter: <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/wunsch-und-wirklichkeit-neoliberaler-sparmassnahmen-am-beispiel-griechenlands/>, letzter Zugriff: 5.1.2016

**More
Books!**



yes
I want morebooks!

Buy your books fast and straightforward online - at one of the world's fastest growing online book stores! Environmentally sound due to Print-on-Demand technologies.

Buy your books online at
www.get-morebooks.com

Kaufen Sie Ihre Bücher schnell und unkompliziert online – auf einer der am schnellsten wachsenden Buchhandelsplattformen weltweit!
Dank Print-On-Demand umwelt- und ressourcenschonend produziert.

Bücher schneller online kaufen
www.morebooks.de

OmniScriptum Marketing DEU GmbH
Bahnhofstr. 28
D - 66111 Saarbrücken
Telefax: +49 681 93 81 567-9

info@omniscrptum.com
www.omniscrptum.com

OMNI Scriptum



